

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.  
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
Leipzig  
Zeiliger Strasse 52, IV., Volkshaus  
Telephonruf 7963.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene  
Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen  
vorherige Einfindung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 43.

Sonnabend, den 23. Oktober 1909.

13. Jahrgang.

## Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Herbstgedanken. — Arbeitsnachweise. — Die Organisation des Brauntweinbottlers. — Was will der Hansabund? — Der Streik in der Zellulosewarenfabrik Gebrüder Wolf in Nürnberg. — Bekanntmachungen des Zentralvorstands. — Zur Beachtung. — Korrespondenzen. — Quittung. — Die Kohlenpreise der Erde. — Rundschau. — Quittung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressenänderungen. — Für „Steinarbeiter“-Verbreiter. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Berufsmissere. I. — Wirtschaftliche Rundschau. — Kennt ihr ihn? — Literarisches. — Feuilleton: Ueber die Freiheit (Schluß).

## Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

**Gesperret** sind: Mülhausen (Elz): Filial-Betrieb Schacher Mühle. — Baumholder: Firma Burger. — Naesslen: Firma Wöhler III. — Niederlamig: Wertplatz Heinrich. — Lerbach bei Osterode: Pflastersteinbetrieb Belomettin.

**Strasbourg.** Bei der Firma Schacher Mühle haben 40 Kollegen die Arbeit eingestellt. Grund: Tarifbruch.

**Seebach (Schwarzwald).** In den Granitwerken der Firma J. Müller & C. Tiele wurde sämtlichen Pflastersteinarbeitern gekündigt, um die vertraglichen Lohnbedingungen zu umgehen. Wer zu den neuen Bedingungen arbeiten will, soll sich bis zum 23. Oktober melden. Wieder ein Beweis der Tariftreue unter den Unternehmern. Arbeitsangebote von dort sind unbedingt zurückzuweisen.

**Braunschweig.** Max Friedrichs wegen Streik gesperrt. **Zürchenbach (Schwarzwald).** Firma Burger kündigt ebenfalls sämtlichen Brettern und Pflastersteinarbeitern, um bei Neueinstellungen Abzüge vorzunehmen.

Nach folgenden ausländischen Orten ist der Zugang fernzuhalten:

**Oesterreich.** Ofegg, Neuhaus, Neu-Bistritz, Wien, Greifenstein, Klagenfurt, Triest, Pola, Mauthausen, Schwarzwasser. — Von der Firma Uymann & Co. sind in den Steinbrüchen von Schrems und Wolfsegg die Pflastersteinarbeiter ausgesperrt. Die Firma soll beschäftigten, Arbeitskräfte in Süddeutschland zu werben. Also Achtung, Pflastersteinarbeiter!

**Ungarn.** Spolno, Csárhárbánya, Budapest, Közsáhegy (Kisbeseher Granitsteinbruch A.-G.) und die Arbeiten dieser Firma in Cegléd.

**Schweiz.** Zürich, Gundellen, Wassen, Ebersol, Chur, Herzogenbüsch, St. Gallen.

**Frankreich.** Im Granitwerk in Abainville sind Differenzen ausgebrochen.

## Herbstgedanken.

Die Tage sind mit Nacht kürzer geworden, das Laub hängt fahl an den Bäumen; dunkle Wolken jagen am Firmament — es ist Herbst! Etliche Wochen noch, dann fliegen die weißen Flocken, von den Kollegen auch sarkastisch „Freiheitszeit“ genannt. Für das arbeitende Volk die schlechteste Jahreszeit, weil sie für viele Proleten mindere, teilweise keine Beschäftigung bringt, trotzdem die Lebenshaltung im Winter mehr Mittel erfordert. Der Beschäftigungsgrad in der Steinindustrie hat sich im allgemeinen nur unwesentlich gehoben, und ist in Einzelfällen hier und da noch nachfrage nach Arbeitskräften, so ist es nur ein Drängen nach Fertigstellung der übernommenen Arbeiten bezw. Bauten vor Eintreten des Frostes. Es ist ein Aufblähen der Beschäftigung für 3—4 Wochen. Auch in den Fabrikbetrieben in der Steinindustrie ist die Arbeitslosigkeit lau.

Schlechte Aussichten für die Kollegen, und gar mancher steht, mit Rücksicht auf seine Familienangehörigen, recht trübe dem kommenden Winter entgegen. Der Alleinlebende gedenkt im voraus mit Bitterkeit der Landstraße, die für ihn ja längst alles Poetische, wie es in den Wanderliedern zum Ausdruck kommt, verloren hat. Das sind wohl die Empfindungen, denen eine große Anzahl unserer Mitglieder ausgeht, sie wiederholen sich alljährlich um diese Jahreszeit. Auch diejenigen von den Kollegen, welche das Glück haben, für die kommende Jahreszeit Beschäftigung zu behalten resp. erhalten, werden auf Grund ihrer bisherigen Erfahrung Betrachtungen anstellen; denn oft, sehr oft stehen die Unternehmer in der rauhen Jahreszeit den Unentwegten, Unnahbaren heraus, um dem Arbeiter fühlen zu lassen, daß er nur von ihrer — Gnade abhängt. Es wird an den Preisen der Arbeitskräfte herumgerüttelt, ja, unbekümmert etwaiger Tarifabmachungen Abzüge riskiert; andre wieder provozieren die Kollegen, um sie zum Verlassen der Arbeit zu drängen. Für das Renommee eines Geschäftes steht es ja besser so aus, als wenn wegen Arbeitsmangels Entlassungen vorgenommen werden müssen.

Gewiß dürfen wir hier nicht verallgemeinern, denn es gibt auch Unternehmer, welche die Kirche im Dorfe lassen und in den Arbeitern nicht nur Ausbeutungsobjekte, sondern auch Menschen sehen; aber deren Zahl ist nicht groß, und wir kennen Distrikte in der Steinindustrie, wo wir solche mit der Laterne suchen müssen! Auch einzelne Poliere werden in jehiger Zeit sich in der Rolle des wilden Mannes gerieren und ihr Mütchen an demjenigen zu fühlen suchen, der im Sommer mal eine Lippe riskierte. Also alles grau in grau! Aber es gibt etwas, was die Kollegen nicht verzagen läßt: Das ist unsere Auffassung von den heutigen wirtschaftlichen Zuständen, das sind unsere Ideale für die Zukunft! Mit klarem Blick sehen wir den natürlichen Zusammenhang der Schäden für die Arbeiterklasse in der heutigen Gesellschaftsordnung, wo „der eine Karren auf, ziehen muß für zwanzig andre, die zum Karrendienst zu faul“. Dazu die ungeheuren Lasten an Steuern und Abgaben, die auf jedem spärlichen Bissen liegen, den wir in den Mund stecken. Diese Zustände sollen den Arbeiter nicht zusammenknicken lassen, sondern denken lernen, sollen ihn zum Kämpfer für seine Rechte stählen; die er sich nur erobert, nur erhält in seiner Organisation. Für uns ist es der Deutsche Steinarbeiterverband!

Wohl ist die Jahreszeit für unsern Beruf nicht besonders geeignet, große Agitation zu entfalten durch Versammlungen, Vorträge usw. Aber damit ist nicht gesagt, daß nun über allen Gipfeln Ruhe herrschen soll. Nein! Jetzt muß die Kleinarbeit, die Agitation im engeren Kreise mit vermehrter Kraft einsehen. Die kürzer werdende Arbeitszeit gibt Gelegenheit genug, auf die Indifferenten, auf die Gleichgültigen einzuwirken, eventuell durch Hausagitation. Die langen Abende sollen auch Veranlassung sein, Einrichtungen zu benutzen, wie sie an vielen Orten durch gemeinschaftliches Wirken der Arbeiterorganisationen ins Leben gerufen wurden — Bibliotheken, Vortragsabende usw. Die heranziehende Jahreszeit eignet sich am besten dazu, wird auch von vielen Kollegen bereits genutzt. Dabei soll und darf die Kleinarbeit nicht vergessen werden. Tausende stehen unserer Organisation noch fern, und zwar in Orten, wo bereits Jahrestellen des Verbands bestehen. Eine beträchtliche Anzahl von diesen waren schon einmal Mitglieder, die aus irgendeinem Grund abseits getreten sind. Diese Abseitsgehenden wieder heranzuziehen, sie wieder zum Gemeinsein zu erziehen, daß sie ihr Einzelinteresse dem Gesamtinteresse unterordnen, muß unsere Aufgabe sein. Die Kleinarbeit soll niemals erlahmen. Wir dürfen uns auch nicht der Hoffnung hingeben, daß die drückende Wirtschaftsmisere den einzelnen von selber zur Organisation führt, sondern in zäher Ausdauer, nach vielen Mißerfolgen, müssen immer aufs neue die Gleichgültigen zur Organisation angehalten werden. Das sei für diese Jahreszeit unsere Aufgabe, und die Zeitergebnisse selber geben durchschlagende Gründe genug. Im Baugewerbe stehen drohende Wetterwolken am Himmel, die Unternehmer des Baugewerbes gehen bekanntlich schon seit Jahren mit dem Wunsche schwanger, im Jahre 1910 gegen die Organisationen der Arbeiter im Baugewerbe einen vernichtenden Schlag zu führen. Auf beiden Seiten ist gerüstet, und die Arbeiter im Baugewerbe sehen kalten Blutes den kommenden Dingen entgegen. Auch die Steinindustrie ist hier nicht unbeteiligt. Die Unternehmer in der Steinindustrie planen ebenfalls eine große Aktion, teils auf eigene Faust, teils als Mitläufer der Baugewerksunternehmer. In der Granit-, Sandstein- und Marmorindustrie, alle sind sie vertreten. Da gilt es für die Steinarbeiter, jede Gelegenheit auszunutzen, um das Heer unter unserm Banner zu verstärken, neue Kämpfer einzufügen. Der deutsche Steinarbeiterverband ist die wirksamste Interessenvertretung für alle in der Steinindustrie beschäftigten Arbeiter! Es ist nun momentan eine mühsame Frage, wie sich durch die Absicht unserer Unternehmer die kommenden Dinge gestalten werden.

Für unsere Kollegen gelte aber die Zusicherung, daß der Verband auf alle Fälle gerüstet ist. Wir haben als Interessenvertretung der Steinarbeiter keine Ursache, trübe in die Zukunft zu blicken; mögen auch die Kollegen, trotz der schlechten Aussichten für den kommenden Winter, ihre alte Energie behalten und stets darauf bedacht sein, der Organisation mehr Anhänger zu gewinnen!

## Arbeitsnachweise.

Gegen die Mitte des Oktober 1909 ging die Nachricht durch die Presse, daß im Reichsamt des Innern ein Gesetzentwurf zur Regelung des Stellenvermittlungswesens in Vorbereitung sei. Danach sollten sowohl gewerbliche wie nichtgewerbliche Institute der behördlichen Aufsicht unterstellt werden. Treffen diese Mitteilungen zu, woran bei der amtlichen Bevormundungssucht in Preußen-Deutschland kaum zu zweifeln ist, so tut die Arbeiterschaft gut, sich beizeiten zur Abwehr zu rüsten; und ein Hinweis darauf, daß das Polizeiregiment auch in dieser Hinsicht wenigstens für die Arbeiterschaft bislang keinen Nutzen gestiftet hat, mag vielleicht schon jetzt am Platze sein.

Wohl kaum ein anderer Zweig sozialpolitischer Maßnahmen läßt in gleichem Maße wie der Arbeitsnachweis

erkennen, daß die Machtfrage das wesentliche ist. Bevor unter der Herrschaft des Privatkapitalismus von Organisationen die Rede sein kann, stürzen sich in allen Ländern mehr oder minder anrüchliche Existenzen aus dem Kleinbürgertum auf das Gewerbe der Stellenvermittlung. Besonders in Frankreich nimmt dieser Betrieb eine unerhörte Ausdehnung an, und hier treten denn auch zuerst die schlimmsten Mißstände hervor. Hier übt auch zuerst die Polizei ihre Wirksamkeit aus; durch Dekret vom 25. März 1852 macht Napoleon III. diesen Gewerbebetrieb von einer kommunalen Konzession abhängig, die nur an Personen von anerkannter Rechtschaffenheit erteilt werden sollte. Auch sonst wurden strenge Vorschriften erlassen bez. der Eintragungen in die Register, bez. der Gebührenordnung usw. Durch einen Nachtrag zu diesem Dekret, der am 16. Juni 1857 erlassen wurde, wurden dann auch noch die berüchtigten Einschreibegebühren beseitigt.

Trotz alledem muß das Stellenvermittlungsgewerbe in Frankreich seinen Mann genährt haben, denn eine im Jahre 1891 von der Regierung veranstaltete Enquete ergab, daß allein in Paris 293 konzessionierte Bureaus bestanden, deren Wirksamkeit sich über weit größere Bezugsstrecken als in Deutschland erstreckten. Sie betrieben durchaus nicht allein die Arbeitsvermittlung für häusliche Dienste, Hotels und Gastwirtschaften, sowie für Landwirtschaft, sondern auch, und zwar in großem Umfange, für Bäcker, Schuhmacher, Fleischer, Banfangehörige, Techniker, Verkäufer, sowie Lehrer und Lehrerinnen. Bezeichnend ist, daß in Frankreich denn auch mit einem gewissen Eifer die Reaktion gegen das Uebel einsetzte. Im Jahre 1887 errichtete der Pariser Gemeinderat die erste Arbeitsbörse. Die Stadt trug nicht nur die Barfotose, sondern sorgte ausgiebig auch für Unterhaltung des Hauses und ließ den Gewerkschaften, die sich in dem Institut einrichteten, ein verhältnismäßig großes Stützselbständigkeit. Anders die Regierung, die im Juli 1893 unter dem Ministerium Dupuy die Arbeitsbörse schloß, die dann erst drei Jahre später unter dem radikalen Ministerium Bourgeois wieder eröffnet wurde. Daß nicht allzu große Erfolge bei der hier von Arbeitern betriebenen Stellenvermittlung erzielt wurden, mag außer dem Widerstande des Unternehmertums einem gewissen Mangel an Organisationstalent bei den französischen Arbeitern zuzuschreiben sein.

Ganz anders hat die Arbeiterschaft in England verstanden, sich die Arbeitsvermittlung nutzbar zu machen. Die englischen Gewerkschaften, die zwar nicht an Mitgliederzahl, jedoch an materieller Leistungsfähigkeit auch heute noch die deutschen beträchtlich überragen, haben auch zeitig die Bedeutung des Arbeitsnachweises erkannt. Die lokalen Mitgliedschaften jeder Zentralorganisation erstatten dem Vorstand allmonatlich Bericht über die unbefestigten Arbeitsstellen ihres Berufs und über die arbeitslosen Mitglieder; und es ist selbstverständliche Pflicht jedes Organisierten, nur durch Vermittlung seiner Organisation Arbeit anzunehmen. Hier wenden sich auch vielfach die Unternehmer bei Bedarf von Arbeitskräften direkt an die örtliche Gewerkschaftsleitung.

Ein Blick auf die deutschen Zustände lehrt uns, daß hier die gewerksmäßige Stellenvermittlung nicht entfernt die Bedeutung wie in Frankreich erlangt hat, daß aber andererseits wir von englischen Zuständen nicht minder weit entfernt sind. Die private Stellenvermittlung ist durch die Gewerbeordnung von 1889 für ein freies Gewerbe erklärt worden. Jedoch brachte die Novelle vom 1. Juli 1883 eine Einschränkung dahin, als die Anzeigepflicht für den Betrieb eingeführt und auch bestimmt wurde, daß der Gewerbebetrieb zu unterlagen sei, wenn Tatsachen vorliegen, welche die Unzuverlässigkeit der Gewerbetreibenden bei jenem Geschäft dartun. Als dann eine vom preussischen Handelsministerium 1895 durchgeführte Enquete ergeben hatte, daß von 5216 gewerksmäßigen Stellenvermittlern nicht weniger als 632 bestraft waren, führte die Gewerbenovelle vom 30. Juni 1900 die Konzessionspflicht ein.

Wie bekannt ist, erstreckt sich die gewerksmäßige Stellenvermittlung in Deutschland zum großen Teil nur auf die der Gewerbeordnung unterstehenden Personen. Leidet die Industriearbeiterschaft mithin nur im geringen Umfange unter diesem Uebel, so hat sich für sie dennoch ein Zustand herausgebildet, der ihren ursprünglichen Forderungen durchaus nicht entspricht. Auf dem vom freien deutschen Hochstift in Frankfurt a. M. zum 8. Oktober 1893 einberufenen Sozialen Kongress erklärte Legien als Vertreter der freien Gewerkschaften, daß die Arbeitsvermittlung ausschließlich in den Händen der organisierten Arbeiter liegen müsse. Sie wären die Verkäufer der Ware Arbeitskraft und ihnen sollten so wenig wie andern Verkäufern Vorschriften über den Verkauf ihrer Ware gemacht werden. Allerdings erkannten die Arbeiter in der Errichtung eines kommunalen Arbeitsnachweises gern eine Abschlagszahlung an. Bei dieser Abschlagszahlung ist es denn vorab auch geblieben. Hat im Kaufmannsgewerbe die von den wohl kaum als Gewerkschaften zu betrachtenden Angestelltenorganisationen betriebene Stellenvermittlung auch einige Bedeutung, so ist das Streben der Industriearbeiterschaft nach dem Alleinbesitz der Arbeitsvermittlung größtenteils

Durch das organisierte Unternehmertum hintertrieben worden. Die großen Arbeitgeberverbände betrachten den Arbeitsnachweis als wertvolle Waffe gegen die Arbeiterkraft und stellen sich grundsätzlich auf den Standpunkt, daß der Arbeiter sich des Verkaufs seiner Ware Arbeitskraft zu begeben habe. Mit jynischer Brutalität kommt diese Anschauung in einer an Reichstag und Bundesrat gerichteten Petition des Gesamtverbands deutscher Industrieller vom 22. April 1899 zum Ausdruck, in der es heißt:

In der Politik und vor dem Gesetze hat der Arbeiter in unserm Vaterlande die volle Gleichberechtigung (!), in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung ist er von ihr durch die bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ausgeschlossen; denn auf diesem Gebiete tritt unter anderm die Scheidung zwischen den Rechten der Arbeitgeber und den Rechten der Arbeitnehmer ein. Als eins dieser Rechte nehmen wir in Anspruch, daß der Arbeitgeber Herr in seinem Betriebe sein und bleiben muß. . . für eine Mitwirkung, bezw. Mitbestimmung der Arbeiter in dieser Beziehung gibt es weder Raum noch Recht, und wo, in Verkennung der Grundbedingungen für die Entwicklung unserer Wirtschaftsordnung, leider ein solches den Arbeitern eingeräumt wurde, da wurden unhaltbare Zustände gezeitigt.

Diese Behauptung, die bei dem Rohheitsausbruch mit unterläuft, hat nun in den Tatsachen keinerlei Unterlagen; und der Standpunkt des Sklavenhaltertums erscheint um so ungeheuerlicher, als in der sozialpolitischen Aera der ersten neunziger Jahre selbst die rationäre preußische Regierung von den Scharfmachern abgedrückt war. Im September 1894 wandte sich der preußische Handelsminister nach dem Muster der süddeutschen Regierungen mit einem Rundschreiben an die Gemeinden, worin empfohlen wurde, in den Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern Arbeitsnachweisstellen zu errichten, die sich des Vertrauens der Arbeitgeber und Arbeiter erfreuten und als Leiter eine von der Behörde ernannte Person haben müßten, die weder den Arbeitgebern noch den Arbeitern angehörte. Solche kommunale Arbeitsweise zählt die amtliche Statistik für das Jahr 1908 in ganz Deutschland 131 auf, wozu noch 37 gemeinnützige Institute kommen, die aus Gemeindegeldern eine Unterfütterung erhalten. Bezeichnenderweise ist der kommunale Arbeitsnachweis in Süddeutschland viel häufiger eingeführt als im Norden; in ganz Preußen gibt es nur 57, in Bayern allein 32 rein städtische Arbeitsnachweisstellen.

Das Scharfmachertum wird weiter insbesondere durch die Zustände im Buchdruckgewerbe Lügen gestraft, wo der von den Organisationen der Arbeiter und der Unternehmer gemeinsam betriebene Nachweis bis jetzt zur beiderseitigen Zufriedenheit funktioniert hat.

Wo ein unter der Mitwirkung der Arbeiterschaft betriebener Nachweis besteht und stark in Anspruch genommen wird, ist er der Ausdruck einer zumeist in hartnäckigen Kämpfen errungenen gewerkschaftlichen Machtposition der Arbeiter. Das weiß auch die reaktionäre Regierung. Bei ihrer Zuneigung für die Unternehmerorganisationen und ihrer Feindschaft gegen die Gewerkschaften ist sicher darauf zu rechnen, daß die angekündigte „Reform“ den Wünschen der Arbeiter nicht entsprechen wird. Diese werden nur dann den gebührenden Einfluß auf den Arbeitsnachweis gewinnen können, wenn sie eifriger noch als bisher ihre Organisation stärken.

## Die Organisierung des Branntwein-Boykotts.

Die Proklamierung des Branntweinboykotts durch den Seipziger Parteitag hat in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung nichts vergleichbares. Was ihn außer Vergleich mit jeder bisherigen Aktion des Proletariats stellt, ist neben der Ursache, die den letzten Anstoß zu seiner Verhängung gegeben hat, die besondere Art des Kampfmittels selbst und die Art seiner Anwendung.

Boykotts sind seit Jahrzehnten von der kämpfenden Arbeiterschaft angewendet worden, um bestimmte Forderungen durchzusetzen. Sie alle waren zeitlich begrenzt. War die Forderung erfüllt oder erwies sich das Mittel als wirkungslos, so wurde der Boykott aufgehoben, der Kauf der Ware, der Besuch des Wirtschaftslokals wieder gestattet. Der Branntweinboykott aber ist zeitlich unbegrenzt. Er kann kein Ende haben, weil die Gründe, die zu seiner Proklamierung geführt haben, dauernde sind.

In dem Parteitagbeschlusse sind als Zweck des Boykotts genannt:

1. Verweigerung der Branntweinsteuer als Maßregel gegen die Regierung;
2. Verweigerung des Tributs an die Junker (Liebesgabe) als Schlag gegen diese grimmigsten Feinde jedes politischen oder sozialen Fortschritts;
3. Einschränkung des materiellen und geistigen Lebens, das der Branntweingenuss im Gefolge hat.

Selbst wenn jeder Extraprofit des Junkertums aus dem Branntweingenuss beseitigt, wenn ihm jeder Einfluß auf die Staatsgewalt entzogen würde; selbst wenn der Branntwein steuerfrei gemacht würde; eine Aufhebung des Branntweinboykotts wäre dennoch undenkbar, da sie den Verzicht auf die gesundheitlichen, wirtschaftlichen und moralischen Vorteile der Branntweinenthaltung bedeuten würde.

Bedingt so schon die Außergewöhnlichkeit dieses Boykottbeschlusses außergewöhnliche Maßregeln zu seiner Verwirklichung, so mehr noch die Folgen, die ein Mißlingen für die sozialdemokratische Arbeiterbewegung haben müßte. Es wäre mehr als ein Mißerfolg, es wäre eine schwere Niederlage, wenn es nicht gelänge, den Branntweinverbrauch um ein Bedeutendes zu vermindern. Aber es wird gelingen!

Die Gewissheit des Erfolgs ist es, die den Gedanken dieses Boykotts so schnell in die Massen getragen, die eine so begeisterte Zustimmung hervorgerufen hat. Alle Trümpfe sind hier in unserer Hand. Der Gegner ist ohnmächtig diesem Kampfmittel gegenüber. Zur Abwechslung ist er diesmal der Amboss. Wir dürfen schlagen. Und Schlag auf Schlag muß hieniederfallen ohne Unterlaß, in steter Steigerung der Wucht und des Erfolges!

Der Beschluß des Parteitages hat in der gesamten Arbeiterpresse ein freudiges Echo gefunden, nicht zuletzt in der Gewerkschaftspresse. Es ist aber notwendig, daß auch die Gewerkschaften selbst den Boykott in bindender Form für ihre Mitglieder erklären. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg, sei es auch nicht der gewöhnliche. Die Situation verlangt Handeln!

Auch die örtlichen Organisationen der Partei und der Gewerkschaften (Kartelle) müssen sofort ihrerseits durch Veranstaltung besonderer Versammlungen zur Aufklärung über die Alkoholschäden den Boykott wirksam eröffnen.

In der Folge müssen besondere, fortgesetzte Erklärungen bei allen Gelegenheiten den Beschluß wieder und immer wieder in Erinnerung bringen. Es muß das ceterum censeo, eine unermüdbar wiederholte Forderung in jeder Versammlung sein!

Die Arbeiterpresse, politische wie gewerkschaftliche, wird ihre Aufgabe zu erfüllen haben durch stetige Aufnahme einer Zeile, die in auffälliger Weise auf den Boykott hinweist, aber auch durch häufigen Abdruck von Artikeln, die den volkswirtschaftlichen, gesundheitlichen, sittlichen und politischen Schaden des Alkohols, speziell des Branntweingenusses, behandeln. Die besondere Rolle der Alkohollieferanten im Staatshaushalt wird zu beleuchten sein, um durch solche fortgesetzte Nachrichten das Interesse am Kampf wach zu erhalten.

Daß aus dem Inseratenteil der Arbeiterpresse, der Kalender usw. jedes, aber auch jedes Inserat zu verschwinden hat, das den Branntwein anbietet oder anpreist, ist nur die logische Folge des Boykottbeschlusses. Wir würden sonst die Praxis gewisser bürgerlicher Blätter nachahmen, die im Leitartikel Sittlichkeit predigen und auf der vierten Seite für Geld Kuppeldienste leisten, oder die, wie die Staatsbürgerzeitung, den Kampf gegen den jüdischen Handel proklamieren, sich dabei aber die Inserate der jüdischen Bazare wohlschmecken lassen. Aber auch die nicht bezahlte Melodie: die in den Preßbüros des Alkoholkapitals fabrizierten „wissenschaftlichen“ Notizen und die Anekdoten, obwohl ihr einziger Zweck die Förderung des Alkoholgenusses durch Erhöhung der Trinksuchtigkeit ist, müssen den Spalten unserer Presse fernbleiben.

Der Parteivorstand hat durch Genossin Zieg bereits die Herausgabe allgemein aufklärender Flugblätter über die Wirkungen des Branntweins angeordnet. Diese Flugblätter müssen den Gedanken des Boykotts in die Kreise tragen, in die unsere Presse noch nicht gedrungen ist. Sie müssen die Wirksamkeit der Presse ergänzen, durch ihre Sprache, ihr Erscheinen schon das Gefühl des Besonderen wachrufen. Andere Agitationsmittel, namentlich Plakate, wie sie von dem Arbeiter-Abstinenzband vorbereitet werden, Zeitungsblätter und Tabellen usw. werden in gleicher Richtung dauernd wirken. Eine weitere Forderung ist die Verbannung des Branntweins aus unseren Volks- und Gewerkschaftshäusern. Daß damit im Anfang eine Einbuße im Geschäftsertrag entsteht, darf kein Grund sein, von dieser Maßnahme abzustehen. Der Boykott wäre eine Komödie, wenn in unsern eigenen Räumen, über die wir allein verfügen, der Branntwein weiterverbreitet würde. Weiter wird die Arbeiterschaft dahin streben müssen, daß auch aus den von ihr benutzten privaten Verkehrslokalen der Schnaps verschwindet. So gut das bei den Bier- und Badwaren-Boykotts möglich gewesen ist, ebenso gut wird es sich auch hier durchführen lassen. Freilich wollen die Wirte leben und können ihre Lokale nicht umsonst hergeben. Die Frage der Entscheidung für die benutzten Lokale unter Ausschluß jedes Trinkschmattes und womöglich des Servierens während der Beratungen wird dadurch brennend.

Wie mit den Konsumvereinen? Hier werden die Meinungen auseinandergehen, ob sie durch Ausschluß der Spirituosen vom Verkauf deren Konsum nennenswert einschränken können. Jedenfalls aber wird es ihre Aufgabe sein, diesen Konsum nach Möglichkeit zu vermindern, indem sie jede Propaganda dafür vermeiden, keinerlei Vorteile dafür gewähren und die Aufklärung über ihre Gefahr fördern. Es muß mit dem Aberglauben gebrochen werden, daß der Konsumverein einfach alle gewünschten Artikel zu möglichst günstigen Bedingungen zu liefern habe. So wenig er z. B. Schmuckliteratur führen wird, so wenig darf er sonstige Maßnahmen ergreifen, die auf eine Schädigung seiner Mitglieder hinauslaufen. Es ist z. B. kein Nutzen, sondern ein Schaden für die Mitglieder, wenn sie im Konsumverein für dasselbe Geld mehr Branntwein erhalten als anderswo! Ferner sollte durch Beschaffung alkoholfreier Getränke, Förderung der Milchversorgung, wie auch durch Befreiung von Koständen, die eine stete Quelle des Alkoholisums bilden, die positive Bekämpfung dieser Volksseuche betrieben werden. Die Beschaffung guter Wohnungen, die Vereinfachung hergerichteter Mittagsspeisen usw., was in den Bereich der konsumgenossenschaftlichen Aufgaben fällt, wird auch den Branntweingenuss dauernd vermindern. Jedenfalls muß der ungesunde Zustand, daß Konsumvereine den Alkoholabsatz (auch den Bierverkauf) noch fördern und sich darauf etwas zugute tun, gründlich schwinden. Es ist die Aufgabe der Klassenbewußten Arbeiter und ihrer Frauen in den Vereinen, einer etwaigen Abneigung allzu geschäftseifriger oder über„neutraler“ Verwaltungen energisch entgegenzuwirken.

Muß es noch gesagt werden, daß es sich beim Branntweinboykott nicht allein um den „Schnaps“, den Kartoffelschmelz handelt, daß alle spirituellen Getränke betroffen sind? Auch Rum, Kognak, Whisky, Arrak, alle die Bittern und sonstigen Liköre samt ihren Mischungen, wie Grog und Punsch, fallen unter den Beschluß. Farbe, Preis, Etikett sind verschieden: aber es sind alles Schnäpse! Auch soweit sie nicht einfach aus Kartoffelschmelz mit irgend einem Zusatz hergestellt sind, unterliegen sie alle der indirekten Steuer bezw. dem Zoll, die wir durch Boykott bekämpfen. Für sie alle gilt reichlich, was der Parteitag über das durch den Branntweingenuss verursachte soziale und moralische Elend sagt. Und ganz gewiß kann es nicht der Wille des Parteitages gewesen sein, den ärmeren Parteigenossen eine Verpflichtung aufzuerlegen, die besser situierten aber davon zu entbinden!

So werden die Organisationen der Arbeiterschaft und ihre Presse die Aufer und Treiber im Kampfe sein. Aber auch jeder einzelne muß ein Kämpfer werden! Nicht nur durch seine persönliche eigene Enthaltensamkeit; auch durch seine Einwirkung auf die anderen. Jetzt ist das Schnapsstricken keine Sache des persönlichen Geschmacks mehr. Nachdem die höchste Instanz der Partei einmütig gesprochen hat, ist es festgelegt als eine die Partei und das arbeitende Volk schädigende Handlung. Schon macht sich die moralische Wirkung des Beschlusses überall bemerkbar. Auch politische Gegner treten für die Durchführung des Beschlusses, mit dem die Sozialdemokratie sich an die Spitze einer allgemeinen großen Kulturbewegung gestellt hat, entschieden ein. Schon jetzt zeigt sich die Wahrheit eines Wortes, das ein scharfer Gegner unserer Partei gesprochen hat. In seiner Schrift „Hamburg und der Alkohol“ (Hamburg, 1903) sagt Landrichter Dr. Popert: „Kein Zweifel, die Sozialdemokratie bewegt sich in einer Richtung, die zu immer schärferer alkoholgegenerischer Gesinnung führt. Danach aber ist zu erwarten, daß in verhältnismäßig kurzer Zeit ein sozialistisches Programm für die Alkoholverform vorhanden sein wird. Daran kann um so weniger gezweifelt werden, als die geistigen Führer der Sozialdemokratie sich fort und fort mit rühmlichem Eifer (den wir leider nicht genug nachahmen) medizinische und naturwissenschaftliche Erkenntnisse aneignen. Bei der großen Disziplin im sozialistischen Lager muß ein solches Programm gewaltige praktische Wirkung üben.“

Für das deutsche Bürgertum aber könnte es kaum einen schwereren Schlag geben, als wenn die Sozialdemokratie alkoholgegenerisch würde, bevor wir Bürger mit der Bekämpfung der Alkoholschäden Ernst gemacht und durchgebrungen sind. Nicht nur würde alsdann der Sozialdemokratie ein Agitationsmittel von unvergleichlicher Wirksamkeit zu Gebote stehen, gipfelnd etwa in dem Schlagworte, daß dem Sozialismus gelungen sei, was das Bürgertum nicht vermocht oder nicht gewollt habe: die Befreiung des Volkes von seinem tödlichsten Feinde. Nein, schlimmer noch: Die Sozialdemokratie stünde dann, befreit vom Alkohol und seinen Interessen, einem Bürgertum gegenüber, das in der Abhängigkeit vom Alkoholkapital verharret und die Blutsteuer des Volkes an das Alkoholkapital zu erhalten sucht. Dann hätte die Sozialdemokratie zum erstenmal in unserm langjährigen Kampf die moralische Überlegenheit gewonnen. Und damit wäre unsere Niederlage besiegelt.“

Die moralische Überlegenheit haben wir natürlich von Anfang an gehabt. Im übrigen aber ist dieser Ausführung eines ernsten Mannes, der mit dem hellen Auge des Gegners sieht, nichts hinzuzufügen.

Nun gilt es die Tat. Wer jetzt Branntwein trinkt, stellt sich außerhalb der Reihen der Kämpfer gegen Klassenstaat und Junkerfreiheit. Vorkottbruch ist Streikbruch!

## Was will der Hansabund?

Das vom Hansabund veröffentlichte Programm ist so allgemein gehalten, daß jeder bürgerliche Politiker es unterschreiben könnte, die Agrarier nicht ausgenommen, die bloß dem Passus von der agrarischen „Demagogie“ ihre eigene Deutung geben würden. Wer will denn die Demagogie? Niemand! Wer treibt sie? Alle, die nicht, wie die Sozialdemokratie, durch ihre Organisation selbst eine Vertretung der Volksmassen bilden. Der Hansabund, der sein eigentliches Ziel, seine wirklichen Absichten verhehlt, wie eine schlechte Krankheit, und mit Allerweltswünschen alle Welt zu umschmeicheln sucht, beginnt selbst mit der schlimmsten Demagogie.

Um gerecht zu sein, wollen wir zugeben, daß die Machter und Leiter des Hansabundes sich selbst noch nicht ganz klar geworden sind darüber, was sie wollen. Sie sollen ein politisches Programm liefern und sie haben keins! Damit ist aber der Hansabund noch keineswegs abgetan. Diese Leute müssen nicht nach ihren Worten und auch nicht einmal nach ihren Meinungen, sie müssen nach ihrem Kapital beurteilt werden.

Welches kapitalistische Interesse steckt hinter dieser Gründung?

Im Anfang des Hansabundes steht bekanntlich der Kampf um die Erbanfallsteuer. Gelüftet es nun den Kapitalisten so sehr danach, besteuert zu werden, daß sie deshalb das Land in Aufruhr versetzen wollen? Sicher nicht. Die Vorkottsteuer müßten sie allerdings von sich abschütteln. Allein, trotz der neuen Vorkottsteuer hat gerade in den letzten Tagen die Tätigkeit der Großbanken einen derartigen Ausschlag genommen, daß sie Leute von der Strafe haben anstellen müssen, um die nötigen Schriftarbeiten zu erledigen. Also, von hier aus kommt die Bedrängnis nicht. Aber wegen nichts werden doch diese Bankdirektoren, Großkaufleute, Vergewaltigten usw. sich nicht politisch Arbeit aufhaken, und es gelüftet ihnen auch kaum, ihren Namen in der Zeitung zu lesen. Was treibt sie dennoch an, daß sie ihre Handelsplätze und ihre exklusiven Gesellschaften veranlassen, um vor die Öffentlichkeit zu treten?

In dem veröffentlichten Programm finden wir ein Wort, ein für Deutschland neues Schlagwort, das uns darüber Aufklärung gibt. Es heißt: „Exportpolitik“.

Die Ausdehnung des Exports ist zu einer Lebensbedingung der deutschen Industrie geworden. Das sehen die Banken und die sonstigen Vertreter des konzentrierten Kapitals am ehesten. Diese Erkenntnis muß sie um so mehr mit Sorge erfüllen, als der deutsche Export seit der Einführung des neuen Schutzolltarifs aus der Unruhe gar nicht mehr herausgekommen ist. Der soeben revidierte amerikanische Zolltarif wird eine weitere Erschütterung mit sich bringen, die noch dadurch ungemein verschärft wird, daß die Vereinigten Staaten ihr Handelsprivilegium mit Deutschland kündigen. In England droht den deutschen Export die imperialistische Strömung. Die handelspolitische Lage des Deutschen Reiches auf dem Weltmarkt ist so prekär wie noch niemals, und weniger noch als in England und Frankreich, können ihm seine Kolonien den Weltmarkt ersetzen.

„Exportpolitik“, „Handelsverträge“ — das fordert der Hansabund; doch wie diese Politik betätigt werden soll, das sagt er uns nicht. Er zeigt uns nur den Feind, den er bekämpfen will: das sind die Agrarier. Er will den Einfluß der oberelbischen Junker im Staat schwächen, sie aus den Richterstellen und den sonstigen Ämtern verdrängen. Das ist der Sinn der Forderung, daß „alle Staatsstellen ausschließlich mit Rücksicht auf die persönliche Tätigkeit und Qualifikation der Bewerber aller Richtungen vergeben werden dürfen“. Wo ist aber die politische Armee, die er gegen die Agrarier ins Feld führen will? Nachdem man in Berlin einen großen Versammlungsraum durch Bankangestellte gefüllt hatte, dachte man erst an die Bankbeamten. Ob diese, wenn man ihre politische Hilfe in Anspruch nimmt, dauernd auf dem Standpunkt verharren werden: „Was Brot ich, was Lob ich“, ist allerdings zweifelhaft. Allein, vor allem zeigte die unarmherzige Statistik, daß man mit den Bankbediensteten allein das Reich nicht erobern kann. Einen schon viel größeren politischen Boden gewinnt man, wenn man an die gesamte soziale Schicht der Angestellten in Industrie und Handel denkt. Aber die Leute wollen bezahlt sein. Ohne sozialpolitische Zugeständnisse läßt sich nichts erreichen. Auf diese Weise würde man sich jedoch die kapitalistischen Unternehmer absperren, auf die man in erster Linie rechnet. Der Hansabund ist keine Organisation von Kommis und schlecht bezahlten Technikern.

Die Arbeiter sind an der industriellen Entwicklung interessiert. Sie bekämpfen das Agrarierum. Allein, selbst wenn man den Adel aus den Staatsämtern verdrängt, so werden sie deshalb noch lange nicht von Arbeitern besetzt werden. Für die Arbeiter liegt das Schwerkgewicht in dem preußischen Wahlrecht. Die Arbeiter haben auch längst ihr handelspolitisches Programm, sie begnügen sich nicht mit verschwommenen Redensarten. Der Weg zu den Arbeitern geht über die Sozialdemokratie. Um diese zu interessieren, müßte der Hansabund mindestens sich gegen die Lebensmittelzölle wenden und gegen das Junkerparlament ins Feld ziehen. Das mag er nicht. Er weiß noch nicht, wie weit er in seiner „Exportpolitik“ gehen soll, und fürchtet die Agitation gegen die Lebensmittelzölle nicht zum geringsten deshalb, weil diese Agitation die Sozialdemokratie in die Höhe bringen würde. Aus dem gleichen Grunde umgeht er die Frage des preußischen Wahlrechts. Er fordert „die Vereinfachung der Schreibweise“ im Staat und in den Kommunen, fordert „umfassendere Beteiligung der Kaufmännisch, gewerblich und technisch gebildeten Kreise an der Staatsverwaltung“, fordert aber nicht das gleiche Wahlrecht für Preußen!

Unter Ausschaltung der Massen, durch den Druck der bürgerlichen Öffentlichkeit auf die Regierung will der Hansabund zur politischen Geltung gelangen. Er will nicht die Massenaktion, er will die Neutralität der Massen. Darum erklärt er sich selbst neutral in allen Angelegenheiten, die die Massen angehen, sowohl in den sozialpolitischen wie in den Wahlrechtsfragen.

Das Proletariat läßt sich aber in den Kämpfen um die politische Macht nicht mehr aus den Reihen bringen.

Die bürgerlichen Politiker begründen in dem Hansabund den Versuch der politischen Konsolidierung der Bourgeoisie. Wir erblicken in dieser Konsolidierung eine Verschärfung des Gegensatzes zwischen der kapitalistischen Industrie und den Agrariern. Sollte der Hansabund eine bedeutende politische Energie in der Vertretung der „Exportpolitik“ entwickeln — er weiß noch selbst nicht, wieviel ihm sein kapitalistisches Interesse unter dem Druck des Weltmarktes treiben wird —, dann wird sich die Sozialdemokratie sicher nicht lahmlegen lassen, sondern den Streit zwischen dem industriellen und dem agrarischen Kapital ausnützen, um Vorteile, Rechte, Freiheiten für das Proletariat zu erkämpfen.

## Der Streik in der Celluloidwarenfabrik Gebr. Wolf in Nürnberg.

Durch eine Notiz des Justizwerts erhalten wir Nachricht von der Stellungnahme der Fortschrittlichen in Nürnberg den Streikenden gegenüber. Nachhersehen werden ganze Wagenladungen Arbeiten im dortigen Zellengefängnis hergestellt. Da

muß man fragen, kennt denn diese Behörde nicht die Gefahren, denen Celluloidarbeiter ausgesetzt sind? weiß die Behörde nichts von der großen Zahl der Brände in Celluloidbetrieben? von den Verlusten an Menschenleben? und daß oft nur Rettung unter schwierigsten Verhältnissen möglich war? Alles dieses scheint die Behörde nicht zu wissen! Denn wüßte sie es, dann wäre es bodenlose Selbstgefälligkeit, wenn man eingeschlossene Gefangene diesen Gefahren aussetzt. Da ist es am Platze, nochmals auf die Unglücksfälle in diesem Gewerbe aufmerksam zu machen.

In folgendem nur eine kleine Liste von Bränden, die wir feststellen konnten, und die Verlustziffern:  
Im Jahre 1908: ein Brand in der Celluloidrohstofffabrik in Eilenburg. Verlust 3 Tote, 10 Verletzte.  
Im Jahre 1903: bei der Firma Priester, Berlin, Michaelstr. ein fünfzehnjähriger Knabe tot, eine Reihe Mädchen körperlich geschädigt, zwei Mädchen in Krankenhausbehandlung.  
Im Jahre 1900: Brand bei Döbeln, Berlin: teils schwere, teils leichte Verletzungen.  
Im Jahre 1902: bei vorgenannter Firma: das Fabrikgebäude brannte vollständig aus. Der Brand brach vor Beginn der Arbeitszeit um 6 Uhr früh aus. Verletzungen von Feuerwehrleuten durch Stichflammen.  
Im Jahre 1900: Brand bei Brauer u. Zander, Berlin: 50 Arbeiterinnen und Arbeiter schwebten in Lebensgefahr; die Ausgänge waren durch Flammen versperrt. Die Rettung wurde durch den Fahrstuhlschacht ermöglicht. Dieser Brand entstand durch Entzündung von Celluloidstaub an einer elektrischen Glühbirne.

Ein Celluloidlager brannte in Berlin, Greifswalder Str., bei welchem Brand eine Anzahl Hausbewohner verletzt wurden. 1899 in Leipzig bei Engelmann u. Richter: Verlust eine ganze Familie und 8 Tote.  
1908 in München bei Benzberger u. Co. Vier Brände durch Selbstentzündung. 40 Arbeiter war der Ausgang versperrt; durch Hilfe von außen wurde das Feuer gedämpft.  
1907 in Weizspolheim bei Straßburg i. E. Verlust: 22 Tote, meist jugendliche Mädchen und Jungen.  
1908 in Wien bei Gebr. Sailer. Verlust: 17 meist jugendliche Menschenleben. Zu diesem Unglücksfall schrieb am 11. Juni 1908 das Wiener Fachblatt der Drechsler anlässlich der Befestigung der Brandstelle durch den Minister Wienerth: „17 verlorne, zumeist junge Menschenleben lagen vor den Füßen seiner Exzellenz dem Minister des Innern Wienerth. In diesem Augenblick trat dem Minister wehmütvolle Tränen aus den Augen. Er sprach feierlich zu seiner lebenden Umgebung, daß nun angeht die graufame Todesopfer tunlichst etwas geschähen müsse, wie es die österreichische Regierung schon versprochen hat.“ Diese Regierung hat das Wort des Ministers eingelöst, denn nach wenigen Wochen hat sie eine sehr zweckmäßige Verordnung erlassen.

Beitäre Brände fanden statt in Dresden, Pforzheim, Naumburg, Krefeld u. a. m.; in den meisten Orten wiederholt. Und fragt man nach den Ursachen, so wurden in Dresden und Leipzig je ein 16-17jähriger Bursche wegen angeblicher Brandstiftung verurteilt. Auch im Wiener Fall soll ein 17jähriger junger Mann das Unglück verschuldet haben; derselbe befand sich aber unter den Opfern. So hat die Profitsucht der Unternehmer also eine Reihe Menschenleben auf dem Gewissen. Und da tritt in diesem Kampf die Regierung auf Unternehmerseite! Da wird dieses feuergefährliche Material selbst in Strafanstalten zugelassen, um mit Hilfe Strafgefangener die Arbeiter niederzupeln zu helfen. Aufgabe der Arbeiterpresse muß es sein, dieses Vorgehen der Behörden niedriger zu hängen. Die politische wie gewerkschaftliche Presse wird um Abdruck gebeten.

Die Zentralkommission für die Stadt- und Kamminindustrie Deutschlands.

### Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Der Zentralvorstand hat in der Sitzung vom 14. Oktober 1909 beschlossen, daß die aus Oesterreich oder der Schweiz zureisenden Kollegen die deutschen Beiträge in ihren ausländischen Büchern weiterleben können. Zu beachten aber ist, daß diese Bücher, wenn die Betreffenden sich in den Zahlstellen anmelden, an den Zentralvorstand eingesandt werden, damit sie eine deutsche Verbandsnummer erhalten. Es ist dies notwendig wegen unserm Kartensystem zur Krankenunterstützung.  
Für ausländische Interimskarten werden Bücher nur vom Zentralvorstand ausgefertigt!  
Bei Unterstützungsansprüchen jeder Art auf ausländische Bücher sind letztere stets dem Zentralvorstand zu übermitteln und ist Unterstützung nur auf Anweisung von diesem auszusprechen!  
Für die übrigen Landesorganisationen, außer Oesterreich und Schweiz, bleibt es vorläufig bei den alten Bestimmungen.  
Die Ortsverwaltungen mögen sich obige Bestimmungen auszeichnen und dem Leitfaden beifügen.

Ausgeschlossen wurde wegen Streifbruchs der Steinmeß Karl Vogel, zurzeit in Oshenburg (Württemberg).

### Zur Beachtung!

Unter Hinweis auf die Anweisungen im Juni, soll im November d. J. eine allgemeine Kontrolle der Winterbauten vor sich gehen. Um allen Anforderungen nachzukommen, wird dringend ersucht, die Zahl der benötigten Fragebogen bei dem Unterzeichneten umgehend zu bestellen.  
Hamburg I, Besenbinderhof 56.  
Die Zentralkommission für Bauarbeiterzuschuß.  
J. A.: G. Heinke.

### Bauarbeiterzuschußkonferenz für den Bereich der Hannoverschen Baugewerks-Verusgenossenschaft.

Im Einverständnis mit der Zentralkommission für Bauarbeiterzuschuß beruft Unterzeichneter im Auftrage der örtlichen Bauarbeiterzuschußkommission zu Hannover eine Bauarbeiterzuschußkonferenz zum 28. November d. J., vormittags 10 Uhr, im Saale des Ballhofes zu Hannover, ein.  
Tagesordnung: 1. Die reichsgesetzliche Regelung der Bauarbeiterzuschußfrage und die hannoversche Baugewerks-Verusgenossenschaft. Referent: Genosse Heinke, Hamburg. 2. Der Bauarbeiterzuschuß der Gegenwart und Beratung weiterer Maßnahmen. Referent: Fr. Meißner, Hannover. 3. Anträge und Beschlüsse.

Wir ersuchen die Organisationen obengenannten Bezirks, Stellung hierzu zu nehmen und Delegierte zu wählen. In Frage kommen Maurer, Zimmerer, Bauarbeiter, Dachdecker, Klempner, Einflusseure, Bildhauer, Steinarbeiter, Steinleger, Töpfer, Maler, Glaser, Bauischler und Bauschlosser. Die Kosten für die Delegation haben die örtlichen Organisationen selbst zu tragen und empfiehlt es sich, Ersparnisse halber, daß die Organisationen über die Delegationen in den einzelnen Orten sich verständigen.  
Alle Anfragen bezüglich der Konferenz sind zu richten an die Bauarbeiterzuschußkommission Hannover, Lange Straße 2, II.  
J. A.: Fr. Meißner.

## Korrespondenzen.

**Leipzig.** Ist an irgend einem Orte eine größere Arbeit herausgekommen, dann spricht es sich unter den Kollegen sehr schnell herum, und wie bei allen von Mund zu Mund gehenden Erzählungen wird auch in solchen Fällen das in Frage kommende Objekt immer größer und umfangreicher. So ähnlich scheint es mit der Steinmeßarbeit des Leipziger Zentralbahnhofs zu sein. Die Arbeit ist kürzlich vergeben und der Fremdenzugang von Kollegen ist nunmehr nach Leipzig ein ganz bedeutender. Enttäuscht ziehen aber alle wieder ab. Denn erstens ist die betreffende Arbeit nicht umfangreich und zweitens sind in Leipzig über 200 Steinmeßen, die selbst nicht alle Beschäftigung finden können. Wir halten es deshalb für unsere Pflicht, auf obiges hinzuweisen; im Interesse der Zureisenden selbst. Wir möchten aber von vornherein darauf hinweisen, daß selbstsüchtige Motive hierbei nicht die Veranlassung sind, wie es vielleicht ausgelegt werden könnte.

**Bad Dürkheim.** In allen hier gegebenen Berichten ist Klage geführt über die schlechte Beteiligung unserer Kollegen an der Ausarbeitung der Statistik. Diesen Klagen können wir die unsrige anfügen. Der schlechten Beteiligung halber haben wir in früheren Jahren stets von einer Veröffentlichung abgesehen. Jedoch jetzt, als in der Zeit der allgemeinen Lebensmittelpreiserhöhung, halten wir es für angebracht, die Lohnverhältnisse in unserm sogenannten „Foltetal“ den Kollegen zu unterbreiten. Es beteiligten sich 53 Kollegen an der Statistik. Die Akkordarbeit ist vorherrschend. Das Durchschnittsalter beträgt bei den Steinmeßen 29,1 Jahre, bei den Brechern 32,1 Jahre. Im Berufe waren die Steinmeßen 15,5 Jahre durchschnittlich beschäftigt, die Brecher 15 Jahre. Von den Beteiligten waren 39 verheiratet. Bei den Verheirateten trug in 17 Fällen die Frau zum Unterhalt bei. Ledig waren 14 Kollegen. Die Verheirateten hatten 95 Kinder zu ernähren. Der Durchschnittsverdienst war bei den Steinmeßen 1020 Mark gegen 1235 Mark im Jahre 1908; eine bedeutende Abnahme gegen das Vorjahr. Bei den Brechern betrug der Durchschnittsverdienst 1130 Mark, im Vorjahre 1281 Mark. In der Rubrik 700 bis 900 Mark hatten wir 1907/08 2 Kollegen, 1909 dagegen 10. Ja sogar bis zu 700 Mark hatten einige Kollegen verdient; seit Bestehen der Zahlstelle hatten wir in dieser Rubrik keine zu verzeichnen. Die Brecher waren sämtlich arbeitslos, von den Steinmeßen 43 Kollegen. Die längste Arbeitslosigkeit betrug 22 Wochen, die kürzeste 3 Wochen. Die Arbeitslosigkeit betrug im Durchschnitt bei den Steinmeßen 12 Wochen 1 Tag, bei den Brechern 7,5 Wochen. Die Krankheitsstatistik ergibt folgendes: Es waren von den Beteiligten krank 16 Kollegen. Die längste Krankheitsdauer betrug 13 Wochen, die kürzeste 2 Wochen. Die Krankheitsdauer betrug durchschnittlich bei den Gesamtbeteiligten 6,9 Wochen. An Mietzins bezahlen 19 Kollegen bis zu 100 Mark, 7 bis zu 150 Mark. Noch einige Worte zur allgemeinen Statistik am Orte. Die hiesige Zahlstelle umfaßt 5 Orte, und zwar Dürkheim, Grotten, Leisstadt, Seebach und Hardenburg. Im Bereiche der Zahlstelle sind 21 Bruchbetriebe, hiervon 19 mit Steinhauereien, sowie ein Grabsteingeschäft. Beschäftigt sind in diesen Betrieben zusammen 222 Kollegen, hiervon 140 Steinmeßen und 82 Brecher. Im Steinarbeiterverband sind hiervon organisiert 143 = 64,4 Prozent. 3 Brecher sind christlich organisiert. Von den Steinmeßen sind bei uns organisiert 125 = nahezu 90 Prozent, von den Brechern 18 = 21,9 Prozent. Im Vorjahre waren die Steinmeßen zu 80,8 Prozent organisiert, die Brecher zu 38 Prozent. Es ist also bei den Steinmeßen eine Zunahme von nahezu 10 Prozent zu verzeichnen, bei den Brechern hingegen eine Abnahme von 16,4 Prozent zu konstatieren. Es ist daher leicht begreiflich, daß die Unternehmer beim letzten Vertragsabschluss den Brechern den Minimallohn um 5 Pf. pro Stunde kürzten. Lehrlinge werden 15 ausgebildet; 13 als Steinmeßen, 2 als Brecher. Die Bundesratsverordnung wird im allgemeinen ziemlich eingehalten. Nur in zwei Betrieben fehlen die Frühstücksbuden (Sattel und Fideisen). Im nächsten Jahre hoffen wir eine stärkere Beteiligung seitens der Kollegen. Auch muß jeder Kollege seine Pflicht erfüllt betrreffs Agitation, denn die 78,1 Prozent unorganisierten Brecher müssen für uns gewinnen werden.

**Bischöfswerda.** Am Mittwoch, den 13. d. M., fand hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Der 1. Punkt der Tagesordnung war Abrechnung vom 3. Quartal. Nachdem von den Revisoren die Bücher und Kasse eingehend geprüft waren, wurde der Kassierer und zugleich Vorsitzender für das verlossene Quartal einstimmig entlastet. Zum 2. Punkt wurde Bericht vom Gewerkschaftskartell erstattet. Kollege Sattler gab den Mitgliedern bekannt, daß seitens des Kartells darauf hingearbeitet wird, ein Gewerbegericht für den Amtsgerichtsbezirk Bischöfswerda zu schaffen, was wohl einen schweren Kampf kosten wird. Redner legt den Kollegen den Nutzen des Gewerbegerichts in längeren Ausführungen dar. Es gibt sehr oft Fälle, daß Arbeiter gegen ihren Arbeitgeber klagen werden müssen, es leider aber unterlassen müssen, da dem Kläger die Mittel zu einer Klage beim Amtsgericht fehlen. Diese Ausführungen wurden von den Mitgliedern mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Ferner gab Redner noch bekannt, daß auf der Kartellkonferenz, welche kürzlich in Dresden stattfand, lebhaft erörtert wurde, mit allen Kräften auch für andere Berufsgruppen, besonders jetzt für Wald- und Landarbeiter, zu agitieren, was die Steinarbeiter sich besonders angelegen sein lassen müßten; da letztere mit diesen Leuten am meisten Fühlung haben. Nach noch weiteren Ausführungen kam man dann zum letzten Punkt: Allgemeines. Hier wurde beschlossen, in kurzer Zeit eine öffentliche Steinarbeiterversammlung einzuberufen, und es wurde der lebhafteste Wunsch ausgesprochen, Kollege A. Staudinger möchte uns zu dieser Versammlung am 7. November als Referent besuchen. Nach einigen weiteren Aussprachen wurde die Versammlung geschlossen. — Es ist bedauerlich, daß im hiesigen Orte nicht einmal die organisierten Kollegen es für nötig befinden, an den Versammlungen teilzunehmen. Bezieht man sich die Lage der Arbeiter und die immer größere Steigerung der Lebensmittelpreise; so müßte man denken, die Arbeiter kämen doch endlich einmal zur Einsicht, daß es nicht mehr weiter gehen kann. Bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen, soll auch unsere Parole sein. Das scheinen aber die hiesigen Arbeiter schwer zu begreifen.

**Mannheim.** Kaum jagt der Wind die ersten Blätter von den Bäumen, so werden die Steinarbeiter auch schon gezwungen, zum Wanderschaft zu greifen, obwohl gerade hier mehr Steinmeßarbeit ist wie in manch andern Städten. So wurden vor acht Tagen die Kollegen bei dem Steinmeß- und Bauunternehmer Decker entlassen. Am letzten Sonnabend wurde der Hälfte bei dem Mannheimer Sandstein- und Granitwerk Beschäftigten erklärt, sie möchten sich andere Arbeit suchen, und dazu kommen noch mehrere Kollegen, welche schon längere Zeit arbeitslos sind. Nun sind in letzter Zeit zwei Schulhäuser hier vergeben worden mit der Bedingung, die Arbeit muß am Platze angefertigt werden und die hier arbeitslos-werdenden Kollegen müssen dort Beschäftigung finden. Beide Bauten wurden Herrn Hanbuch übertragen. Kaum hatte letzterer den Zuschlag, ließ er sofort zirka 18 Kollegen aus der Pfalz kommen, um den hiesigen Kollegen zu zeigen, daß sie überflüssig sind. Jedoch der Hauptgrund ist Verbandszugehörigkeit und Werkzeug. Obwohl in unserm Tarif steht: „Werkzeug stellt der Unternehmer“, so bringen sämtliche Pfälzer ihr Werkzeug mit und verlangen keine Vergütung.

**Neustadt a. A.** Am 17. Oktober tagte eine Versammlung der Zahlstelle Rangensfeld, in der auch der Gauleiter Kollege

Vohse anwesend war. Nach dem trefflichen Referat des Gauleiters beschäftigte sich die Versammlung mit der Verschmelzung der Zahlstelle Rangensfeld und Nürnberg. Die Kollegen erklärten sich einstimmig gegen die Verschmelzung. Kollege Vohse hielt aus agitatorischen Gründen eine Verschmelzung nicht am Platze, da den hiesigen Verhältnissen entsprechend ein Beitrag von 75 Pfennig zu hoch ist und wir bei einem Stundenlohn von 35 Pf. einen Mitgliederverlust zu verzeichnen hätten; außerdem ist in den Steinbrüchen Ober- und Unterangelsbach noch ein größeres Arbeitsfeld vorhanden, wo die Zahlstelle Rangensfeld in bezug auf Mitgliederzahl sich wieder erholen kann.

**Riesa.** In der am 11. Oktober im Poetenrestaurant stattgefundenen Versammlung gab zum 1. Punkt Kassierer Bremer die Abrechnung vom 3. Quartal bekannt. Gesamteinnahme 518,03 Mark, Ausgabe 325,20 Mark. Bestand 192,83 Mark. Da der bisherige Vorsitzende und der Kassierer als Bauarbeiter beschäftigt sind, und in den Bauarbeiterverband übertreten, wird Kollege Horn als 1. Kollege Maty als 2. Vorsitzender und Kollege Jänike jun. als Kassierer einstimmig gewählt. Des weiteren beschließt die Versammlung, im Winterhalbjahr nur den Kennwert der Marke zu entrichten. Kollege Horn wird als Kartellbeauftragter und Kollege Friedrich als Stellvertreter gewählt. Auf eine Anfrage der Zentralleitung wird Kollege Bruß die Mindererwerbsfähigkeit einstimmig zugeprochen. Unter Verschiedenem gibt der Vorsitzende den Beschluß der Vertrauensmännerversammlung betr. Bier- und Tanzboykott nochmals bekannt. Kollegen, haltet diesen Beschluß hoch!

**Seebach (Schwarzwald).** Am 16. Oktober bekamen die Kollegen in Seebach und Umgebung schon einen Vorgeschmack von dem, was im heutigen Leitartikel dargelegt ist. In sämtlichen drei Brüchen wurde folgende Bekanntmachung verlesen:

Siermit kündigen wir mit heutigem Tage unsern sämtlichen Arbeitern. Wir sehen uns hierzu durch den schlechten Geschäftsgang genötigt, da wir die bisher bezahlten Arbeitslöhne nicht mehr bezahlen können.

J. Müller u. T. Ziehe.  
Es sind davon 110 bis 120 Steinarbeiter betroffen. Wenn Arbeitsmangel vorliegt, kann gegen die Kündigung nichts eingewendet werden; obgleich es für die Betroffenen ein harter Schlag ist. Vorläufig ist es aber noch nicht raus; daß die Firma auf die Arbeitskräfte überhaupt verzichtet und mit ihren Angestellten die Felswände anstarrt. Die Zukunft wird uns schon zeigen, welcher Schatzzug beabsichtigt ist. Vorläufig wollen wir uns jeder weiteren Äußerung enthalten, betrachten es aber als selbstverständlich, daß die Betriebe der Firma unter allen Umständen gewieden werden. Diese sind in Seebach, Neufach und Sasbachwalden.

### Quittung.

Auf Grund des Beschlusses der Gaukonferenz vom Jahre 1908 gewährten wir den Solnhofener streikenden Kollegen einen Zuschuß zur statistischen Unterstützung. Es gingen an Beiträgen hierzu von folgenden Zahlstellen ein:

Zahlstelle	MI.	Zahlstelle	MI.
Grünsfeld	10.—	Ueberrag	175.—
Heidingsfeld	5.—	Rangensfeld	5.—
Fridenhausen	10.—	Waldbirn	10.—
Marktbreit	10.—	Gardheim	5.—
Nördlingen	10.—	Würzburg	10.—
Nürnberg	40.—	Rothenburg o. T.	5.—
Randersacker	40.—	Oshenburg	10.—
Roth a. S.	10.—	Schopfloh	5.—
Rirchheim	30.—	Soßmannsdorf	5.—
Reifenhausen	4.—	Reinrinderfeld	10.—
Riegelanger	6.—	Aus der Gaukasse	135.—
Ueberrag 175.—		Summa	325.—

Den Zahlstellen wird hiermit im Namen der streikenden Solnhofener Kollegen gedankt.  
Würzburg, im Oktober 1909.

Die Gaukommission. J. A.: Max Vohse.

## Die Kohlschätze der Erde.

Von den Schätzen, die uns die Natur spendet, gehören die schwarzen Diamanten nicht nur zu den unentbehrlichsten, sondern auch zu den kostbarsten. Nach Angaben, die Professor Artur Binz in seinem kürzlich erschienenen Büchlein Kohle und Eisen zusammengetragen hat, betrug die Weltproduktion, d. h. die Summe der in allen Ländern erzeugten Menge an Kohle 941 015 000 Tonnen. Ihnen standen nur gegenüber: an Eisen 52 565 000, Petroleum 27 096 000, Salz 14 251 000, Feinsilber 5 547 000, Blei 874 000, Kupfer 738 000, Zink 638 000, Feingold 580 000, Zinn 95 000 und Aluminium 11 500 Tonnen. Nimmt man nach dem Durchschnittswert in Nordamerika, Großbritannien und Deutschland einen Mittelwert von 7 Schilling für eine Tonne Kohlen an, so beträgt der Wert der oben angeführten Weltproduktion 6½ Milliarden Mark, wogegen die Weltproduktion an Roheisen nur auf 2,8 Milliarden Mark anzusetzen ist. Im Jahre 1901 betrug der Wert in Millionen Mark bei Kohlen 7200, Eisen 3200, Petroleum 1600, Gold 1075, Diamanten und Edelsteinen 800, Kupfer 600, Silber 525, Zinn 240, Salzen 200, Zink 160, Blei 200. Die Steinkohlenförderung betrug im Jahre 1905 in den Vereinigten Staaten 335, in Großbritannien 205, in Deutschland 130 Millionen Tonnen, für 1907 lauteten die Zahlen 425, 272 und 143, erst in weitem Abstände kommen Oesterreich und Frankreich. England ist von der lange innegehaltenen ersten Stelle von Amerika verdrängt worden, in der Roheisenproduktion und in der Eisen- und Stahlindustrie ist es auch von Deutschland überflügelt worden. Bei dem stetigen Steigen des Kohlenbedarfs für die Industrie hat man sich die Frage vorgelegt, wie lange die Vorräte ausreichen werden, d. h. nach der Ausbehnung der Bodenschätze, die wir geologisch ermitteln können, und nach der Tiefe, bis zu der wir sie, ohne durch die steigende Temperatur gehindert zu werden, ausbeuten können. Das tiefste Bohrloch, das bis jetzt vorhanden ist, geht 2003 Meter hinab; es ist in Oberschlesien. Als normale Tiefe aber ist 1500 Meter anzunehmen. Unter diesen Voraussetzungen werden die Kohlenvorräte erschöpft sein in Zentralfrankreich, Böhmen, Provinz und Königreich Sachsen und Nordengland in 100-200 Jahren, in den übrigen englischen Kohlenfeldern, im Waldenburg-Schachlarer Revier, in Oesterreich und in Nordfrankreich in 200-300 Jahren, in Saarbrücken, Belgien, in Aachen und im Ruhrrevier und in Nordamerika in 600-800 Jahren und schließlich in Oberschlesien in mehr als 1000 Jahren. Die Zahlen haben auf die Notwendigkeit hingewiesen, für die Wirksamkeit der Kohle anderweitigen Ersatz zu erfinden. Vor allem sind die Wasserkraften in weit höherem Maße auszunutzen zur Umsezung der Elektrizität in Wärme und Licht, als es bisher geschieht, und mannigfach sind Pläne hierzu in letzter Zeit aufgetaucht; vor allem wird auch die Notwendigkeit betont, daß die Regierungen selber solche Unternehmungen schaffen, damit sie der Allgemeinheit, nicht einzelnen Kapitalisten zugute kommen. In der Schweiz sind z. B. von 750 000 Pferdekraften nur ein Drittel ausgenutzt. Welche Mittel sich werden finden lassen, um die Sonnenwärme auszunutzen, ist noch nicht zu sagen. Aber wie rasch auf dem Gebiete der Technik Berechnungen umgestoßen werden können, hat vor wenigen Jahren die überraschende Entdeckung des Radiums und der Radioaktivität gezeigt, und so ist nach Binz' Meinung trotz der Kohlenabnahme ein gewisser Optimismus berechtigt.

# Rundschau.

„Gewerkschaftsstimme“ und die „Arbeiterzeitung“ bemühen sich in ihren letzten Nummern wieder krampfhaft, in ellenlangen Geschreibsel den „Arbeiterverrat“ unseres Verbands in Solnhofen und des „Steinarbeiter“ zum sozialistischen Lager zu führen. Wir haben nun keine Veranlassung, längt wiederlegtes abermals zurückzuweisen. Obgenannte „Gewerkschafts“zeitungen huldigen bekanntlich der Anschauung, je öfter etwas von ihnen wiederholt wird, desto richtiger wird es für ihre Leser. Ja, es wird so oft wiederholt, bis die Redaktionen es selbst glauben und sie Wahrheit und Dichtung nicht mehr auseinanderhalten können. Das ganze Geschreibsel dieser Christenmenschen hat als Nichts sich gezeigt: „Ein froh Gemüth, ein fromm“ Gesicht.“ So etwas hat in unserer Aufassung über Polemiken keinen Raum und verzichtet wir, die Klagen noch einmal richtig zu stellen.

**Karl Scharowski** †. Der Sekretär des Hafenarbeiterverbandes, Karl Scharowski, ist am 10. Oktober in Hamburg gestorben. Ein Magenleiden raffte den 42jährigen hinweg. Der Hafenarbeiterverband verliert in ihm eines seiner treuesten Mitglieder und eine hochgeschätzte Arbeitskraft.

Die „Finanzreform“ hat bekanntlich die Arbeiter der Tabakindustrie ungeheuer geschädigt. Im Laufe dieser Woche soll nun eine Konferenz auf Anregung des Herrn Reichssekretärs stattfinden, auf der die Unterstützungsfrage der geschädigten Tabakarbeiter weiter erörtert werden soll. Die Vertreter sämtlicher Tabakarbeiterverbände sind dazu eingeladen.

**Sammlungen für die Schweden strafbar?** Wegen Aufforderung zu einer nicht erlaubten Sammlung war der Vorstands des Gewerkschafts Augsburg, Arbeitersekretär Genosse Walter, mit einem Strafmandat in Höhe von 10 M. bedacht worden. Walter hatte die Veröffentlichung des Aufrufs der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands zur Unterstützung der streikenden schwedischen Arbeiter in dem dortigen Parteiblatt direkt bewirkt und sich bereit erklärt, eingehende Gelder weiter zu befördern. Während die Polizei in ganz Bayern in diesem Aufruf durchaus nichts Strafbares erblickt, fand es die Polizei Augsburgs notwendig, dagegen einzuschreiten. Gegen diesen Strafbefehl legte Genosse Walter Einspruch ein und beantragte richterliche Entscheidung. Bei der Verhandlung, die am Donnerstag stattfand, beantragte der Staatsanwalt zur Herbeiführung einer prinzipiellen Entscheidung die Verurteilung des Angeklagten. Dieser machte geltend, daß der Aufruf keineswegs den Charakter einer öffentlichen Sammlung trug, vielmehr nur an die dem Gewerkschaftsverein angeschlossenen organisierten Arbeiter gerichtet gewesen sei. Das Gericht erkannte auf Freisprechung, indem es sich den Ausführungen des Beklagten anschloß. Es erkannte an, daß eine Sammlung für einen unerlaubten Zweck nicht vorliege, somit sei die Sammlung innerhalb des Vereins gestattet. Daß der Aufruf nur an die im Gewerkschaftsverein zusammengeschlossenen organisierten Arbeiter gerichtet war, nicht auch an Christliche, Gelbe oder Sirich-Dundersche, schloß das Gericht aus dem Umstand, daß die Veröffentlichung des Aufrufs nur in der „Schwäbischen Volkszeitung“, dem Publikationsorgan der freien Gewerkschaften, erfolgt war.

**Paritätischer Zentralarbeitsnachweis in Dresden.** Der viel umkämpfte Zentralarbeitsnachweis in dem Bezirk der Kreishauptmannschaft Dresden, an dem sich bekanntlich auch die freien Gewerkschaften beteiligen, ist nun konstituiert worden. Der Vorsitz liegt in den Händen des Herrn Geheimen Regierungsrats Professor Dr. Böhmert. Genosse Göttfried, Lokalbeamter des Holzarbeiterverbandes, gehört als Vertreter der freien Gewerkschaften dem Vorstand als Schriftführer an. Trotzdem die Stadt Dresden auf Betreiben der Innungsämter eine Beihilfe ablehnt, ist die finanzielle Grundlage gesichert, und wird der Arbeitsnachweis voraussichtlich am 1. Januar 1910 seine Tätigkeit beginnen.

**Ein Bund christlicher Ordnungshüter.** Die die Leipziger Zeitung zu melden weiß, hat sich in Berlin ein Bund christlicher Polizeibeamten gebildet, der dem Internationalen Verbande christlicher Polizeibeamten angeschlossen ist und dessen Devise lautet: „Durch Gottes Macht bewahrt.“ Nach der Bundesregel wird in den Bund jeder Polizeibeamte aufgenommen, „der von Herzen glaubt und mit dem Munde bekennet, daß Jesus Christus sein Herr sei, und der entschlossen ist, ihm in Wort und Wandel nachzufolgen.“ Mit Politik habe der Bund nichts zu tun; er stehe lediglich „auf dem Boden der heiligen Schrift unter Vermeidung aller konfessionellen Streitigkeiten oder Betonung dogmatischer Unterschiede“. Eine merkwürdige Gründung!

**Die falsche Schublade des christlichen Bergarbeiterverbands.** Die letzte Jahresabrechnung des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter wird demnächst eine gerichtliche Beleuchtung erfahren. Die Abrechnung war seinerzeit von der „Bergarbeiterzeitung“ als in wesentlichen Punkten falsch nachgewiesen worden. Später veröffentlichte das Organ des christlichen Verbands eine neue berichtigte Abrechnung mit dem Bemerkten, die Veröffentlichung der ersten sei auf ein Versehen eines *S e h r i n g s* zurückzuführen. Dieser habe, während der Kassierer verreist gewesen, in die falsche Schublade gegriffen und somit einen nicht zur Veröffentlichung bestimmten Entwurf in Satz gebracht. — Als nun dieser Tage ein Christlicher ein Mitglied des Bergarbeiterverbands vorwarf, daß es beim Deutschen Bergarbeiterverbande nicht richtig zugehe, wie die Spaniolaffäre „bewiesen“ habe, gab der Verbändler diesen Vorwurf mit dem Hinweis auf die falsche Abrechnung des christlichen Gewerkschafts zurück. Darauf ist er nun vom Vorstand des christlichen Verbands verklagt worden. Der Verklagte wird den Wahrheitsbeweis antreten.

**Ein Zentralverband Süddeutscher Dorfpolizeibeamter** ist in Würzburg gegründet worden. Das Eintrittsgeld wurde auf 3 Mark, der Mitgliedsbeitrag pro Woche auf 25 Pfg. festgesetzt.

**Ausfuhr russischer Marmors?** Englische Firmen, die sich mit Steinfieferungen für Bauten befassen, haben angefangen, sich sehr lebhaft für die Marmorlager in Rußland, Gouvernement Olonez und im Ural, zu interessieren. Besondere Aufmerksamkeit findet der verschiedenfarbige Marmor aus Olonez, der sich durch eine besondere Schönheit auszeichnet, mit der sich angeblich selbst die schönsten Sorten italienischen Marmors nicht messen lassen. Die Russisch-Englische Handelskammer, an welche die interessierten Firmen sich durch Vermittlung der Londoner Handelskammer gewandt haben, hat kürzlich genaue Informationen über den russischen Marmor nach London geschickt.

**Ein Riesendenkmal.** Unter dem Vorsitz des Millionärs Corn. Vanderbilt haben sich zahlreiche hervorragende Bürger von Newyork zu einem Ausschusse zusammengetan, um dem Erfinder des Dampfschiffes — Robert Fulton — ein Denkmal an der Stätte seines ersten Triumphes zu setzen. Dieses Vorhaben ist ja nun weiter kein alle Welt interessierendes, wenn nicht die amerikanische Uebertriebenheit hier wieder alle Augen auf sich lenken würde. Wie wir der „Stein-Industrie“ entnehmen, soll das zu errichtende Denkmal alle anderen der Welt an architektonischer und natürlicher Schönheit übertreffen. Man beabsichtigt 12 Millionen Mark dafür aufzuwenden. Es soll in seinem Hauptteil aus einem großen Mausoleum bestehen, in dem Fultons Asche beigesetzt werden wird, daneben soll sich ein Marmor-Museum erheben und ein Gebäude, das zu militärischen und Flottenempfangen dienen wird. Alle diese Gebäude werden aus Marmor errichtet, und aus Marmor wird auch eine kostbare Treppe bestehen, die vom Hudsonflusse zu dem Mausoleum führen soll. In dem Flusse selbst aber, hundert Meter vom Ufer, soll sich ein Triumphbogen aus Marmor erheben! Das klingt alles recht amerikanisch.

**Amerikanische Baukunst.** Ein neues Weltwunder amerikanischer Bautechnik soll im nächsten Jahre Newyork erhalten, ein „Haus“ von 62 Stockwerken und nicht weniger als 300 Meter Höhe. Der Bau, der für die Equitable-Lebensversicherungs-Gesellschaft errichtet wird, wird nach den Plänen des Chicagoer Ingenieurs Burnham aus Stahl und Beton hergestellt. In dem Gebäude sollen 6000 Geschäftsräume untergebracht werden. Es besteht zunächst aus einem ungeheuren, 35 Stockwerke hohen Würfels mit je 40 Fenstern Front nach jeder Seite. Aus der Mitte dieses Würfels steigt ein zweiter, etwas schmalerer, mit 18 Stockwerken und 30 Fenstern Front nach jeder Seite auf. An den vier Ecken, 200 Meter über dem Straßeboden, erheben sich hübsche Säulnpavillons mit aufgesetzten Nischenlaternen. Ueber den Mittelbau steigt ein noch schmalerer dritter empor mit neun Stockwerken und neun Fenstern nach jeder der vier Seiten. Darüber kommt als Dach eine an 50 Meter hohe Steilpyramide mit hübschen vorpringenden Mansarden und zusammen 30 Fenstern. Im ganzen enthält dieses fächerne Ungethüm also 8000 Fenster. Die Krönung des Ganzen bildet ein Säulnpavillon, so hoch und so breit wie eines unserer vierstöckigen Häuser, und darüber ein gerippter steiler Dom. Der Säulnpavillon wird von Terrassen umgeben, und auch die Dächer des untern und mittlern Baues werden Terrassen bilden, die zu Dachgärten eingerichtet, den Bewohnern des 35. bis 60. Stockwerks Gelegenheit zu Promenaden geben, ohne daß dieselben nach Newyork hinunterzufahren brauchen. Das Gebäude wird 38 elektrische Aufzüge erhalten, darunter 24 für den „Lokalverkehr“, die bis zum 12. Stockwerk in jedem einzelnen Stockwerk anhalten. Andre werden diese 12 Stockwerke durchfliegen und dem Lokalverkehr zwischen dem 13. und 20. Stockwerk dienen. Die übrigen sind für den „Fernverkehr“ bestimmt mit der ersten „Station“ im 30., 50. oder 60. Stockwerk. Die Pläne zu diesem Wollentrichter, dessen Riefenhaftigkeit alle ähnlichen Bauwerke weit hinter sich läßt, und dessen Höhe nur wenige Meter hinter dem Pariser Eiffelturm zurückbleibt, liegen dem Newyorker Magistrat bereits vor, und es ist kein Zweifel, daß auch dieses Projekt wie alle früheren genehmigt wird.

Ein furchtbarer Unglücksfall trug sich in Rabishau (Schlesien) zu. Dort wollte der Arbeiter Meißner im Steinbruch nach einem nicht entzündeten Schusse sehen. In diesem Augenblick entlud sich der Schuß und schlug M. mehrere Meter weit zurück. Hierbei wurde ihm die rechte Gehirnhälfte vollkommen zerrissen, so daß das Auge aus der Höhlung heraushing. Außerdem wurde ihm der rechte Arm zerhimmelt und der rechte Fuß ebenfalls schwer verletzt. Der Unglücksliche wurde nach dem Krankenhause befördert, wo er am Abend seinen Verletzungen erlegen ist.

## Quittung.

Eingegangene Gelder vom 11. bis mit 16. Oktober 1909.  
(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate, X. = Extrasteuer.)

Borna, B. 4.50. Blomberg, B. 2.70. Bilin, B. 11.50. Bil. B. 9.71. Diepholz, B. 2.70. Hoyenburg i. S., B. 2.70. Bernburg, B. 2.75. Ditzler, B. 4.40. Dönnenberg, B. 4.95. Merseburg, B. 4.95. Fostedt, B. 9.20. Heidelberg, Ins. 2.20. Augsburg, B. 138.—. Bremen, B. 354.20, E. 2.25, K. 1.30. Beuthen, B. 27.60, K. 1.85. Gera, B. 161.46, E. 1.—, K. 4.20. Hohenleuben, B. 79.80, E. 0.75. Kleinrinderfeld, B. 26.60, K. 0.40. Marktzeuthen, B. 110.04, E. 2.50, K. 0.50, M. 2.90. Osnabrück, B. 92.—, K. 4.50. Sprochhövel, B. 188.—, E. 4.—, K. 0.30, M. 2.—. Sternenfels, B. 180.72, E. 1.50, K. 16.50. St. Johann, B. 101.20, E. 1.—, K. 2.55. Wehlar, B. 10.50. Würzen, B. 210.—. Büdingen, B. 127.88, E. 4.25, K. 9.80. Trewen, B. 92.—. Reichenhausen, B. 42.—. Ruhpolding, B. 34.88. Pöritz, B. 147.80, E. 2.50, K. 1.80. Plauen, B. 25.30, K. 1.70. Oberlungwitz, B. 20.14, K. 0.10. Rünchen, B. 115.—, E. 15.—, K. 3.50. Lüneburg, B. 21.—, K. 5.10, M. 0.20. Lutter, B. 31.92, E. 4.50, K. 5.90. Leonbronn, K. 3.75. Ludwigshafen, B. 92.40, E. 0.50, K. 5.—. M. 0.80. Seifritz, B. 50.60, E. 1.50, K. 1.40. Ebelbach-Fieglanger, B. 130.20, K. 0.30. Dortmund, B. 48.30, K. 1.20. Demitz, B. 92.4.—, E. 5.—. Chemnitz, B. 184.—, E. 0.75, K. 26.—. Burgstädt, B. 91.56, E. 0.50, K. 2.50, M. 6.—. Vayreuth, B. 25.20, K. 1.80. Allagen, B. 84.—, M. 5.60. Alt-Warthau I, B. 230.92, K. 6.50. Friedersdorf, B. 7.75. Rheine, B. 4.95. Clossenburg, B. 4.40. Hamburg, Ins. 26.—. Blomberg, B. 4.45. Pögnitz, B. 8.25. Ruppertsdorf, B. 6.60. Bromberg, B. 6.05. Bunzlau (Krause), B. 2.75. Büchberg, B. 188.54, E. 2.50, K. 6.40. Derdingen, B. 228.—, E. 1.50, K. 10.—. Frankfurt a. M., B. 230.—, E. 10.—, K. 40.—. Falkenhain, B. 69.80, K. 0.70. Fagen, B. 46.—. Königsberg, B. 2.30, K. 0.70. Kreuznach, B. 18.48, K. 0.10. Miltenberg, B. 21.—, K. 5.30. Reichen II, B. 272.20, K. 0.30. Nordendorf, B. 138.—, K. 2.80. Neuhaus, B. 42.—, K. 2.60. Nürnberg, 435.80. Radolfzell, B. 46.—, K. 11.60. Sparneck, B. 2.10, K. 1.65. Selb, B. 506.—, E. 5.—. Straßburg, B. 161.—, E. 8.—, K. 29.75. Hohenleuben, B. 9.—, M. 0.60. Herbede, B. 55.20. Göttingen, B. 101.20, E. 2.—, K. 22.—. Dortmund, B. 11.50, K. 1.80. Braunschweig, B. 167.86, E. 2.50, K. 6.80. Baunzen, B. 75.60, K. 0.15. Wittenberg, B. 15.90. Helmstedt, B. 4.95. Odershausen, K. 0.10. Rothberg, K. 0.10. Marienburg, B. 2.20. Neustrelitz, B. 5.—. Vienenbach, B. 21.—, E. 2.50, K. 3.50. Kolmar, K. 9.—. Naasdorf, B. 121.60, E. 4.50, K. 0.20. Hamburg I, B. 648.60, E. 9.—, K. 74.15. Niedermendig, B. 48.64, E. 6.—, K. 0.80. Randersacker, B. 229.08, E. 1.—, K. 5.30, M. 10.85. Reichenheim, B. 187.54, E. 1.50, K. 5.60. Schmie, B. 140.—. Schwarzenbach, B. 480.—, K. 20.—. Ulm, B. 198.50. Seebach, B. 9.20, K. 0.55. Büdingen, B. 198.88, E. 17.75, K. 14.30. Kappelrodeck, B. 438.38, E. 4.—, K. 0.70. Jena, B. 46.—, E. 2.—, K. 3.—. Görlitz, B. 184.—. Frankfurt a. O., B. 6.90, K. 2.10. Bede, B. 37.25, E. 10.—. Baunzen, B. 159.60, E. 18.—, K. 18.65. Bunzlau, B. 80.46. Paderborn, B. 4.40.

Ludwig Geist, Kassierer.

## Allgemeine Bekanntmachungen.

**Reise.** In der Zeit vom 1. November 1909 bis 1. Februar 1910 erhält jeder durchreisende Kollege bei Auszahlung der Reiseunterstützung eine Schlafkarte gratis. Um sich aber die Schlafstelle zu sichern, werden die Zureisenden gebeten, möglichst frühzeitig sich mit der empfangenen Karte in dem Gasthaus zu melden, das auf der Karte verzeichnet ist.

Die Lokalverwaltung.

## Adressen-Änderungen.

**Beuthen (Ober-Schles.).** Vors.: Willy Riffer, Tarnowitzer Straße 30.

**Leipzig.** Die Reiseunterstützung wird nunmehr in Leipzig-Volkmarndorf, verlängerte Alleestraße (Platz Riedel & Keller), ausbezahlt.

**Zwickau.** Kass.: Karl Köffel, Annenstraße 38.

**Göppingen.** Vors.: Karl Dahn, Christophstraße 48.

**Riesa.** Vors.: Hermann Horn, Gröba, Steinstraße 23.

**Kass.: Albert Jänike jun., Gröba, Rosenstraße 14.** — Die Reiseunterstützung zahlt Paul Brüg, Bismarckstraße 18, aus.

## Für „Steinarbeiter“-Verbreiter!

Neubestellungen und Adressenänderungen über die Zufendung des „Steinarbeiter“ können für die laufende Nummer nur dann berücksichtigt werden, wenn solche bis Dienstags mittig in Händen der Expedition sind. Für die Zufendung sind möglichst stabile Adressen anzugeben. — Wo die Ortsverwaltung die Verbreitung des Organs übernommen, sind bei eventuellen Adressenänderungen solche der Expedition besonders mitzuteilen.

bzw. ist auf der Aenderung solches besonders zu vermerken. — Einzelsender haben bei ihrer Abreise der Expedition Mitteilung zu machen, viel Porto wird durch die Unterlassung unnütz ausgeben.

## Briefkasten.

**Lohn, II, Neusag.** Die uns übermittelte Zuschrift entspricht nicht dem § 11 des Preßgesetzes. In Ihrem eignen Interesse nehmen wir Abstand, die Zuschrift, wie Sie verlangen, „wörtlich“ abzurufen. Das andere wird gerichtlich festgestellt. — **Bürtheim, M.** Bericht war sehr flüchtig! Prozentberechnung fast allenthalben gestrichen, weil falsch. Du kannst es doch? Mit den Augen der Gezer wird bei der flüchtigen Schrift direkt Schindluder gespielt. Besten Gruß! S. — **Chemnitz.** Bericht auf beiden Seiten beschrieben; enthält auch nur die Mitteilung von der Neuwahl; zum Abdruck nicht geeignet.

# Anzeigen

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitsuchenden, sich über die einschlägigen Verhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

## Achtung! Maintal-Steinarbeiter!

Sonntag, den 24. Oktober, nachmittags Punkt 3 Uhr  
**Bezirks-Versammlung**  
im Gasthof zum Schwan in Bürgstadt a. M.

Tagesordnung:

1. Was muß der Arbeiter vom Arbeitsvertrage wissen? Referent: Genosse Florin, Arbeitersekretär, Würzburg.
2. Der gegenwärtige Stand der Arbeitsverhältnisse im Maintal. Zu dieser Versammlung hat jeder Kollege aus den Orten **Franzbach, Stadtprozelten, Dorfprozelten, Fischenbach, Ronfeld, Reichenhausen, Bürgstadt, Eichenbühl, Müllenberg, Klein- und Großenbach** und Würth unbedingt zu erscheinen. Die Bezirksleitung **Fechenbach.**

## Zahlstelle Demitz-Thumitz.

Sonntag, den 24. Oktober, nachmittags 4 Uhr  
**Mitglieder-Versammlung**  
im Gasthof Neu-Schmölln.

Tagesordnung: 1. Kassenbericht vom 3. Quartal. 2. Verschiedenes.

Das Erscheinen aller Kollegen erwartet  
Die Ortsverwaltung

# Berlin.

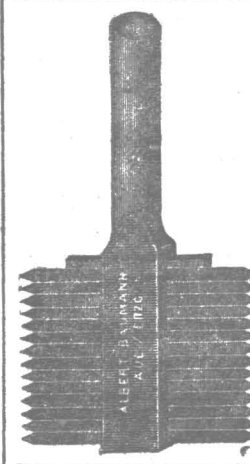
Mittwoch, den 17. November (Fußtag)  
**Gemeinsamer Besuch der Sternwarte in Treptow.**

Treffpunkt daselbst, nachmittags 3 1/2 Uhr.

- Programm:
1. Teil: Besichtigung des astronomischen Museums, Beobachtung mit dem großen Fernrohr.
  2. Teil: Vortrag mit Lichtbildern von Dr. F. S. Archenhold.

**Doppel-Eintrittskarten** zum ermäßigten Preise von 80 Pfg. berechtigen entweder eine Person zur Beteiligung an beiden Teilen, oder für zwei Personen zur Beteiligung an einem Teile. Im letzteren Falle empfehlen wir den Vortrag des Herrn Dr. Archenhold, welcher präzis 5 Uhr beginnt. Die Karten sind erhältlich in den Zahlstellen bis zum 7. November, von da an nur noch im **Verbandsbureau, Seydelstraße 30, pt.**

Zahlreiche Beteiligung, auch der Kollegenfrauen erwartet  
Die Ortsverwaltung.



## Albert Baumann

Werkzeugfabrik und Hartwerk  
**Aue (Erzgeb.)**  
Preisliste  
über alle  
**Steinmetz-Geschirre**  
versende  
**gratis.**  
Lieferung sofort!

## Schürzen

**Emil Keidel** Spezial-Geschäft in Berufskleidung  
Eigene Anfertigung.  
Hamburg 6, jetzt Bartelsstraße 93.

## Steinhauer-Schreibstifte.

Weit billiger und praktischer wie Bleistift. Zu beziehen durch  
**Karl Auerswald, Steinhauer**  
Wernigerode a. Harz, Duergasse 2.

## Gestorben.

In Berlin der Kollege Franz Wegener, 63 Jahre alt, an Lungenkatarrh.  
In Pirna der Kollege Rudolf Threin, 18 Jahre alt, infolge eines Unfalles.  
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.  
Verlag von Paul Starke in Leipzig.  
Notationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

# Beilage zum „Steinarbeiter“.

Nr. 43.

Sonntag, den 23. Oktober 1909.

13. Jahrgang.

## Berufsmisere.

I.

Vor uns liegt der Verwaltungsbericht der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft über das Jahr 1908, als das 23. Rechnungsjahr. Bereits in früheren Jahrgängen unseres Fachorgans sind Einzelheiten aus dem alljährlich erscheinenden Verwaltungsbericht genannter Berufsgenossenschaft den Lesern des „Steinarbeiter“ vor Augen geführt. Grelle Schlaglichter auf die Berufsgefahren in der Steinindustrie werfend, Gefahren, bei denen der unerbittliche, schleichende Feind der Steinarbeiter, die Tuberkulose, bekanntlich nicht vertreten ist. Der vorliegende Bericht selbst ist sehr übersichtlich gestaltet, jedoch fehlt immer noch eine Uebersicht über die Zahl der revidierten Betriebe, denn die Beamten der Genossenschaft nehmen alljährlich eine Anzahl Betriebe im revidierenden Sinne in Augenschein. Das Tätigkeitsgebiet erstreckt sich über ganz Deutschland und ist geographisch in zehn Sektionen eingeteilt, von der jede seine besondere Verwaltung, also Vorstand hat. Auf der Genossenschaftsversammlung, die im Juni 1908 in Stettin stattfand, sprachen die Delegierten die Erwartung aus, daß die Regierungen der deutschen Bundesstaaten nur solche Vorschläge für die Reform der Unfallversicherung annehmen werden, die keine neuen Lasten bringen, die zu einer unerträglichen Ueberbürdung der Unternehmer führen müssen. Diese Besorgnis war wohl unbegründet, denn die Vorlage der Reichsversicherungsordnung bringt keine „unerträglichen“ Lasten für die Unternehmer, son-

dern nur Verschlechterungen für die Versicherten, die ihre Knochen zu Markte tragen.

Versichert im Jahre 1908 waren 12 423 Betriebe, gegen 12 779 im Vorjahre. Eine Verringerung um 356 Betriebe. Eine Anzahl Betriebe wurden auch in dem Berichtsjahre an die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften überwiesen, weil sie sich als landwirtschaftliche Nebenbetriebe darstellten. Für die in diesen Betrieben beschäftigten Steinarbeiter ist es ein Nachteil. Die Zahl der Vollarbeiter ist von 174 446 im Jahre 1907 auf 169 566 im Jahre 1908, also um 4840 zurückgegangen. Auch die Zahl der Effektivarbeiter ist im Jahre 1908 ganz bedeutend geringer gewesen als 1907. Im letzteren waren 476 691 Effektivarbeiter, 1908 dagegen nur 439 719; ein Rückgang von 36 972. Zur Information unser Kollegen diene, daß die wirklich beschäftigten Arbeiter — Effektivarbeiter genannt werden; deren geleistete Arbeitstage werden summiert und durch 300 Arbeitstage (ein Jahr) geteilt, dadurch erhalten wir die Zahl der — Vollarbeiter, das heißt diejenigen, für die im Jahre dauernde Beschäftigung angenommen wird. Sind in oben angeführten Zahlen, auch in allen nachfolgenden, eine Anzahl Betriebe mit Arbeitern enthalten, die zur Steinindustrie in unserm engem Sinne wenig, ja keinen Zusammenhang haben, so lassen aber trotzdem die allgemeinen Zahlen Rückschlüsse auf die Steinarbeiter zu. In der verminderten Zahl der Effektivarbeiter kommt der Arbeitsmangel in der Steinindustrie zum Vorschein, aber auch die bedeutende Fluktuation in der Beschäftigung. Wie die einzelnen Sektionen an diesem Auf und Nieder beteiligt sind, ergibt folgende Tabelle:

Sektionen	Im Jahre 1907 waren versichert			Im Jahre 1908 waren versichert			Auf einen Betrieb entfallen Vollarbeiter	
	Betriebe	Effektivarbeiter	Vollarbeiter (300 Arbeitstage)	Betriebe	Effektivarbeiter	Vollarbeiter (300 Arbeitstage)	1907	1908
I. Bayern	1497	36 675	14 287	1455	36 006	13 975	9,5	9,6
II. Baden, Württemberg	1409	35 717	12 703	1380	33 608	12 104	9,0	8,8
III. Elsaß-Lothr., Pfalz, Hessen	1308	42 733	14 984	1354	39 293	14 435	10,7	10,7
IV. Rheinprovinz	2111	63 803	23 448	2044	53 593	21 824	11,1	10,7
V. Westfalen, Hessen-Raffau	1625	61 615	21 927	1551	53 564	20 529	13,5	13,2
VI. Provinz Sachsen, Thüringen	1243	44 566	17 095	1196	41 433	16 896	13,8	14,1
VII. Königreich Sachsen	1168	35 887	13 980	1125	36 822	14 714	12,0	13,1
VIII. Schlesien	708	44 876	18 735	676	46 630	19 369	26,5	28,7
IX. Hannover, Hansestädte	1008	52 283	18 342	998	48 168	18 062	18,2	18,1
X. Ost- u. Westpreußen, Berlin, Pommern, Posen, Mecklenburg, Schleswig-Holstein	612	58 536	18 945	644	50 604	17 608	31,0	27,3

Von den eingetragenen Betrieben waren außer Tätigkeit 1333, gegen 1297 im Jahre 1907, auch ein Beweis des nach fallenden Geschäftsganges. Gegen Betriebsunfälle waren 688 Unternehmer und 149 Beamte für ein Jahr versichert.

Die Unfälle waren gegen das Vorjahr nicht geringer. Von den im Jahre 1908 versicherten Personen, also 439 719 Effektivarbeitern, erlitten 11 651 einen Unfall, davon waren nur 2555 durch die Unfallversicherung nach der vierten Teil, nämlich 2657. Von letzteren betraf es männliche Erwachsene 2589, weibliche Erwachsene 23, Jugendliche unter 16 Jahren männliche 43, weibliche 2.

Von den Unfällen 1908 hatten die Verletzten für die Versicherten folgenden Ausgang:

Tot 255, völlige Erwerbsunfähigkeit 34, teilweise Erwerbsunfähigkeit 943, vorübergehende Erwerbsunfähigkeit 1425.

Die Getöteten hinterließen 526 Entschädigungsberechtigten. 157 Witwen und 351 Kinder verloren ihren Ernährer. Die Zahl der im Jahre 1908 verletzten Personen ist etwas geringer als im Jahre 1907; ohne weiteres eine Folge der geringeren Anzahl der versicherten Personen, und keineswegs etwa auf verbesserte Betriebsbedingungen zurückzuführen. Ja, die Unfallhäufigkeit hat hinsichtlich der entschädigungspflichtigen Unfälle weiter zugenommen. Auf 1000 versicherte Personen kommen im Berichtsjahr 6,04, gegen 5,58 im Jahre 1907. Die Zahl der Unfälle mit tödlichem Ausgang ist gegen das Vorjahr die gleiche. Die Zahl der Witwen dagegen um 5 gestiegen.

Die meisten Unfälle — 493 — ereigneten sich wiederum durch Zusammenbruch, Einsturz von Stein-

und Erdmassen, Herabfallen von einzelnen Steinen und Umfallen von Gegenständen. Hauptsächlich die 3., 7., 8. und besonders die 9. Sektion haben eine erhebliche Zunahme der entschädigten Unfälle aufzuweisen. Der Bericht hat auch versucht, die Ursachen der entschädigten Unfälle des Berichtsjahrs nach der vom Reichsversicherungsamt vorgeschlagenen Gruppierung festzustellen und kommt zu folgendem Resultat:

1. Mangelhafte Betriebsrichtungen usw.	116	Fälle
2. Keine oder ungenügende Anweisung	5	"
3. Fehlen von Schutzvorrichtungen	55	"
4. Nichtbenutzung oder Beseitigung vorhandener Schutzvorrichtungen	45	"
5. Handeln wider bestehende Vorschriften oder erhaltene Anweisungen	217	"
6. Leichtsinne (Balgerei, Neckerei, Trunkenheit usw.)	13	"
7. Ungeschicklichkeit und Unachtsamkeit usw.	460	"
8. Ungeeignete Kleidung (flatternde Halstücher, Schürzen usw.)	11	"
9. Fehlen von Schutzvorrichtungen usw. und Unachtsamkeit usw. der Arbeiter zugleich	42	"
10. Schuld von Mitarbeitern oder dritten Personen	140	"
11. Sonstige angegebene, insbesondere in der Gefährlichkeit des Betriebes beruhende Ursachen	1536	"
12. Nicht zu ermittelnde Ursachen	17	"
Zusammen		2657 Fälle

Einige Unfälle, die allzu kraß auch die Leichtsinngigkeit mancher Arbeiter darlegen, seien angeführt. Es kann nicht dringend genug unsern Kollegen angeraten werden, den Versagern bei Sprengarbeit usw. die größte Vorsicht entgegenzubringen und sich streng an die bestehenden Unfallvorschriften zu halten. Widerspenstige Unternehmer gegen die Vorsicht der Kollegen sind auf eine sehr einfache Art eines besseren zu belehren.

Die folgenden Beispiele aus dem Bericht werden auch bei manchem Kollegen Kopfschütteln erregen:

„Ein schwerer Unfall ereignete sich in einer Sand- und Lehmgrube infolge leichtfertigen, völlig senkrechten Abbaues der ziemlich hohen Grubenwände. Zwei Arbeiter wurden dadurch getötet. Dieser Unfall zog eine Gefängnisstrafe des verantwortlichen Betriebsleiters nach sich.

Um einen Felsen abzuspalten, hatten sich drei Arbeiter ein 5 Meter hohes Gerüst so leichtfertig hergestellt, daß dasselbe, als sie mit ihrer Arbeit beginnen wollten, zusammenbrach, wodurch alle drei Arbeiter herunterfielen und schwere innere und äußere Verletzungen davontrugen.

Auf einer Dachschiefergrube hatten zwei Hauer drei Schüsse gezündet. Hiervon waren jedoch nur die beiden ersten rechtzeitig gekommen. In der Meinung, daß zwei Schüsse gleichzeitig losgegangen wären und deshalb der dritte Knall überhört sei, gingen die Hauer nach der vorgeschriebenen Wartezeit vor Ort. In diesem Augenblicke explodierte der Schuß. Beide Arbeiter erlitten schwere Verletzungen an den Augen. Durch fortgeschleuderte Sprengstücke wurden noch drei Arbeiter, darunter ein Schiefermeister, verletzt, obwohl sie sich 150—250 Meter (?) weit vom Sprengorte zurückgezogen hatten.

In einem Ruhrsteintagebau hatte der Schiefermeister ein circa 3 Meter tiefes Bohrloch mit Pulver geladen und besetzt. Trotz Verwendung doppelter Zündschnur versagte der Schuß. Angeblich nach Verlauf von etwa einer Stunde begab sich der Schiefermeister mit drei Arbeitern an Ort und Stelle, um die Ursache des Versagens aufzuklären. Als sie sich am Bohrloch zu schaffen machten, um den Besatz zu entfernen, explodierte plötzlich der Sprengschuß mit voller Wirkung. Durch das losgelöste Geröll und die Gesteinsmassen wurden sämtliche 4 Mann mit in die Tiefe gerissen; während drei Mann verhältnismäßig glimpflich davontamen, trug der Schiefermeister schwere Verletzungen davon.

In einem Grauwackesteinbruch in Oberhessen verunglückten zwei Mann dadurch, daß sie an einer hochgelegenen Arbeitsstelle, ohne angefeilt zu sein, mit einer einzigen großen und schweren Brechstange Steine losbrachen, die durch einen Sprengschuß gelodert waren. Durch Abgleiten der Brechstange stürzten beide Arbeiter circa 8 Meter tief ab; einer starb an den Folgen des Sturzes.

Ein außergewöhnlich schwerer Sprengunfall ereignete sich im Oktober 1908 in einem Kalksteinbruch in Westfalen. Bei dem Unfall wurden zwei Arbeiter getötet und zwei Mann mehr oder minder schwer verletzt. Der Schiefermeister war mit dem Besetzen eines circa 3 1/2 Meter tiefen, mehrmals vorgeschossenen Bohrlochs beschäftigt; ein Arbeiter leitete ihm dabei Handlangerdienste. Es waren bereits circa 100 Dynamitpatronen in das Bohrloch eingeführt, als plötzlich beim Einführen einer weiteren Patrone die Explosion der ganzen Ladung erfolgte. Einer der Leute wurde in hohem Bogen circa 25 Meter weit durch die Luft geschleudert, während der andre unterhalb des Bohrlochs auf der Bruchsohle aufgefunden wurde. Beide waren sofort tot. Zwei weitere Arbeiter, die während des Ladens auf der Bruchsohle beschäftigt waren, wurden durch Sprengstücke verletzt.

Beim Laden eines schräg in die Wand gehenden Bohrlochs verwendete der Schiefermeister zum Zusammenstoßen des Sprengpulvers eine Brechstange. Hierdurch entzündete sich der Schuß und sämtliche drei beim Besetzen beteiligte Personen wurden verletzt. Der Schiefermeister tödlich.

Bei einem andern Unfall hatte der Bruchmeister mit dem Bohrer einen in den Schußkanal gelangten Stein hinabstoßen wollen, wobei das bereits eingebrachte Pulver explodierte.

Ein weiterer Unfall ereignete sich dadurch, daß der nicht versicherte Unternehmer einen versagten Schuß mittels Bohrers und Schlägels ausbohrte. Der Unternehmer und ein mit dem Drausschlagen beschäftigter Arbeiter wurden schwer verletzt.

Ein Massenunfall wurde durch die Explosion eines Sprengschusses beim Festschlagen des Besazes mittels eines 5 Pfund schweren Hammers verursacht.

In einem Kalksteinbruch arbeiteten zwei junge Leute vor einer circa 4 Meter hohen Abraumwand. Das anstehende Material besteht aus circa 1 bis 1,2 Meter hohem Lehm mit losen Steinen, darunter fast horizontale Schicht-

## Ueber die Freiheit.

(Schluß.)

Jedes Erlebnis des Menschen, jedes Handeln, und in diesem Sinne ist auch das Dulden ein Handeln, ist also das Ergebnis eines Zusammenpralls innerer und äußerer Reize und Gegenwirkungen, und das alles Handeln des Menschen einen Anfang in der Zeit hat, d. h. genauer ausgedrückt, da jeder Mensch einmal im Zustande gewesen ist, wo er noch nie gehandelt hatte, so ist der Charakter, die Individualität eines Menschen nichts weiter als das Produkt aus seinen Anlagen und seiner Umgebung. Seine ererbten Anlagen aber sind selbst wieder nur, wenn wir uns unbegrenzt zurückgreifen, das Ergebnis der Einwirkung aller früheren Umgebungen, mit anderen Worten, das Individuum ist ein Produkt der Gesellschaft — (abgesehen von den Eigentümlichkeiten, die der Eigenart der Naturumgebung, des Landes entspringen, und diese sind der gesamten menschlichen Umgebung des einzelnen gemein, so daß hierin gar keine besondere Bestimmung des Individuums liegt, sondern nur eine abweichende Bildung, ein eigenartiger Zug der Gesellschaft, deren Produkt der Einzelne immer bleibt.)

Die Richtung des menschlichen Willens und Handelns ist somit keine beliebig vom Menschen zu wählende, sondern eine notwendig gegebene, in jedem Augenblick festliegende. Der Entschluß zum Handeln aber, das Motiv

des Willens entspringt gleichfalls nicht einer souveränen Laune, einem beliebig zu lenkenden Gefühl, auch er ist nicht frei, sondern er ist immer die Reaktion, das Eingehen des Menschen auf ein Bedürfnis, sei es, daß dieses im Menschen selbständig; d. h. als Folge seiner organischen Lebensvorgänge, oder auf einen aus der Umwelt kommenden Reiz entstanden ist. So ist alles Handeln des Menschen gerichtet auf Bedürfnisbefriedigung, und bestimmt, zu diesem Zwecke in die Umwelt gestaltend einzugreifen. Hier trifft es mit dem Handeln anderer Menschen zusammen, das es hemmt oder fördert. Die Art nun, wie die Gesellschaft, richtiger gesagt der Staat, bei dieser Kollision der Handlungen einzelner eingreift, um die dabei aufeinanderwirkenden Kräfte nicht frei spielen zu lassen, sondern in bestimmte Bahnen zu leiten, ist der Ausgangspunkt aller politischen Freiheit, die daher vollständig abhängig ist von dem ökonomischen Zustande, den wirtschaftlichen Verhältnissen in einem Staate.

Die Gesellschaft, der notwendige Zusammenschluß von Menschen zu gemeinsamer Lebensführung auf Grund gemeinsamer Arbeit, muß in sich sofort eine, wenn auch zunächst noch so rohe, Arbeitsteilung eintreten lassen, das heißt aber, sie muß sich organisieren, gliedern. Sobald nun diese gegliederte Gemeinschaft durch bestimmte Bedingungen dazu geführt wird, ein abgegrenztes Stück der Erdoberfläche für sich allein in Anspruch zu nehmen und mit allen ihr zu Gebote stehenden Kräften zu verteidigen, um es zur Basis ihrer wirtschaftlichen Existenz zu machen, wird sie zum Staat. In diesem nun gelang es im Laufe

der historischen Entwicklung einzelnen auf Grund besonderer Umstände, sich von der gemeinsamen Arbeit frei zu machen, ohne die Früchte dieser Arbeit entbehren zu müssen, d. h. es wurde möglich, daß eine Anzahl von Angehörigen des Staates alle anderen für sich arbeiten ließen, weil sie vermittelst einer in ihre Hände gelangten Anhäufung von Arbeitserträgen den einen Faktor der Arbeit, die Produktionsmittel, in ihren ausschließlichen Besitz zu bringen verstanden. Alle von diesem Besitze ausgeschlossenen waren also der Möglichkeit beraubt, sich durch Anwendung ihrer Arbeitskraft auch nur den notwendigsten Lebensunterhalt zu beschaffen, wenn ihnen nicht die Benutzung der Produktionsmittel gestattet wurde, sie waren daher ganz dem Belieben der bestehenden Klasse ausgeliefert, die so zur herrschenden wurde und den Staat zum Diener ihrer Interessen machte. In dem so gestalteten Staate, dem Klassenstaate, wird jedes Individuum nur von einem Streben beherrscht, an den Gütern, die ihre Besitzer unter die Herrschenden erheben, Anteil zu erlangen, um so seine Interessen von der Gesamtheit respektiert zu sehen, das heißt, durch Erringung der ökonomischen Macht zur politischen zu gelangen, um die ökonomische zu behaupten. Dieses Streben führt zum Ansturm der Besitzlosen gegen die Besitzenden und zu einem Kampfe der Besitzenden untereinander, dessen notwendige Folge ist, daß wenige der Herrschenden immer mehr der Güter in ihren Händen vereinigen und so allmählich zu unumschränkten Beherrschern des wirtschaftlichen Lebens und damit jedes Lebens überhaupt werden. Auf Grund dieser

ten bis zu 25 Zentimeter Stärke von nur wenig brauchbaren Kalksteinen, welche mit bläulichem Mergel abwechseln. Diese Wand war auf ihre ganze Höhe senkrecht abgebaut, weder Böschung noch Terrassen waren vorgesehen. Bei dem noch im Abraum sitzenden Froste ist höchstwahrscheinlich die Wand in geringem Maße unterhöht worden, um die 1,2 Meter starke Lehmschicht leichter fortzuräumen zu können. Dieses unvorschriftsmäßige Arbeiten vor einer derartig steilen, fast überhängenden Wand, ist auch noch bei eintretendem Regenwetter fortgesetzt worden, so daß sich plötzlich ein Keil von zirka 1,2 Meter Höhe und 5 Meter Länge und 20 Zentimeter mittlerer Stärke aus der Lehmschicht loslöste und die beiden Arbeiter unter sich begrub. Einer verstarb nach einigen Stunden, der andre trug Verletzungen an der oberen Brustwirbelsäule davon.

Daß bei Unterhöhlungsarbeiten nicht vorsichtig genug gearbeitet werden kann, zeigt folgender Fall: In einem größeren, nach III 2d des Gefahrentarifs, mit einer Steigerung zur normalen Gefahrenziffer wegen Unterhöhlungsarbeiten eingeschätzten Sandsteinbruchbetriebe hatte man eine Masse von zirka 250 Kubikmeter auf etwa 7 Meter Länge in einer Tiefe von 1 Meter in den Felsen unterhöht und die stehengebliebenen Pfeiler mittels 5 Sprengschüssen abzusprennen versucht, um so die Masse nach vorn zum Klippen zu bringen. Hierbei war jedoch ein Endpfeiler (zirka 0,30 Meter stark) nicht gefallen, so daß die Wand noch hängen blieb. Der betreffende Bruchmeister verbot den Arbeitern, sich dem Felsen zu nähern, und begab sich dann nach oben auf den Felsen, um die Lage der Wand dort in Augenschein zu nehmen, zu welchem Zwecke er sich auf den Leib legte und den Riß beobachtete, ob derselbe sich etwa erweiterte. In dieser Zeit haben sich drei Arbeiter, trotz des Verbots, mit Spitzhade und Brechstange an dem stehengebliebenen Pfeiler zu schaffen gemacht, da sie der festen Meinung waren, daß die Wand noch stehen würde. Dieses war jedoch nicht der Fall, denn plötzlich neigte sich dieselbe nach vorn und stürzte hinunter. Als der Bruchmeister oben die Bewegung der Wand vernahm, hat er mehrere Male laut gerufen und ist sein Warnungssignal von allen Arbeitern, welche in einiger Entfernung des Felsens standen, aufgenommen. Es gelang jedoch nur einem der drei Leute, sich zu retten, so daß zwei von der herabstürzenden Wand erschlagen wurden. Der Bericht bemerkt hierzu, daß es nicht genügt, nur den Arbeitern etwas zu verbieten, sondern es muß auch dafür Sorge getragen werden, daß das Verbot befolgt wird. Ein indirektes Verschulden trifft insofern den betreffenden Bruchmeister, als er nicht unbedingt dafür gesorgt hat, daß niemand an die Wand herankommen konnte. Er hätte vielleicht besser getan, selbst unten Wache zu halten, als oben hinaufzugehen.

So weit die einzelnen Fälle wörtlich aus dem Bericht. Wir wollen ohne weiteres anerkennen, daß in diesem die Absicht herrscht, die Unfälle möglichst objektiv darzustellen. Aber trotzdem wird nach untrier Auffassung und Kenntnis der Dinge eine bedeutende Anzahl von Unfällen zu Unrecht auf Konto der Arbeiter gewälzt. (Siehe umstehende Zusammenstellung.) „Ungeachtlichkeit und Unachtsamkeit“ der Arbeiter ist eben ein dehnbarer Begriff, und wird gar zu oft von verschiedenen Unternehmern in Anwendung gebracht, wenn der Inhalt ihres Portemonnaies irgendwie in Gefahr kommt, sich zu verringern. Die wirtschaftliche Abhängigkeit der Arbeiter ist in den meisten Fällen der „Ungeachtlichkeit und Unachtsamkeit“ ein wesentliches Moment. In 99 von 100 Fällen, wo alles gut geht, trotz der „Unachtsamkeit“, heißt es: ein tüchtiger und geschickter Arbeiter! und im hundertsten Fall, wo Malheur passiert, na, dann kommt es umgekehrt. Dann war es eben Ungeachtlichkeit! Dies ist bei den Steinarbeitern, und nicht nur bei diesen, eine alte Weisheit.

Die Berufsgenossenschaft selbst hat ja als solche das größte Interesse daran, möglichst wenig Unfälle registrieren zu müssen, und im weiteren Verlauf eines späteren Artikels wird noch dargelegt werden, daß es Strafen für die Unachtsamkeit der Unternehmer gibt, die aber leider meistens in keinem Verhältnis stehen zu der Gefahr, womit das Leben und die gesunden Gliedmaßen der Arbeiterschaft durch die Unachtsamkeit der Unternehmer bedroht sind.

## Wirtschaftliche Rundschau.

**Sterblichkeitsbelegung.** — Erholung in deutschen Eisengewerbe und die Stabeisenkonvention. — Kurstreibereien am Industriekapitalmarkt. — Der Arbeitsmarkt im Tabakgewerbe.

Seit dem Monat August macht sich eine kräftige Belegung von Handel und Wandel bemerkbar. Die zuversichtlichen Erwartungen auf die Herbstsaison sind, von unerfreulichen Teilercheinungen abgesehen, für den Waren- und Geldmarkt in Erfüllung gegangen; ebenso hat die Warenherstellung und damit

auch der Arbeitsmarkt kräftige Anregungen empfangen. Die Belegung von Handel und Wandel während der Monate August bis Oktober ist aber eine regelmäßige Erscheinung, die ebenso in Jahren des Aufschwunges wie des Niederganges zutage tritt. Es kommt daher ganz und gar auf den Grad dieser Belegung an, wenn man aus der herkömmlichen Belegung auf die Richtung der Konjunkturkurve schließen will. Auch der Herbst der Jahre 1907 und 1908 zeigte eine Belegung, aber trotzdem konnte man damals aus ihr keine optimistischen Schlüsse auf die Gestaltung der wirtschaftlichen Lage ziehen. Ganz verschieden davon liegen die Verhältnisse heute. Die Herbstbelegung tritt mit einer Intensität hervor, die eine Gewähr dafür bietet, daß die Richtung der Konjunkturkurve wieder nach aufwärts geht.

Vor allem ist nunmehr auch die deutsche Eisenindustrie in der Erholung so weit vorgeschritten, daß Angebot und Nachfrage wieder mehr ins Gleichgewicht kommen. Die deutsche Eisenindustrie hat unter dem gewerblichen Niedergang besonders dadurch stark gelitten, daß die gemischten Stahl- und Eisenwerke ihre Leistungsfähigkeit in einer die reinen Betriebe ruinierenden Weise spielen ließen. Sie konnten die Preise äußerst drücken, ohne dabei mit direktem Verlust zu arbeiten, bekamen auf diese Weise das verfügbare Arbeitsquantum herein und bewiesen den reinen Betrieben, daß ihre Politik bei der Bildung von Verbänden an Forderungen festhalten zu wollen, die den gemischten Werken nicht konvenierten, nur zum Schaden der reinen Werke ausschlagen müsse. Wie viel stärker infolge dieser Politik die Preise auf dem deutschen Eisenmarkt zurückgegangen sind, als die Preise in anderen Ländern, das erkennt man schon daran, daß die Preise für englisches Eisen in Deutschland um ein Vielfaches weniger gefallen sind, als die Preise für deutsches Eisen. Zwar haben auch die großen gemischten Werke unter den Folgen ihrer Politik insofern zu leiden, als die finanziellen Ergebnisse mehr oder weniger ungünstig ausgefallen sind, aber gegenüber der Position der reinen Werke stehen sie nach dieser Periode des Wettkampfes um so gestärkter auf dem deutschen Markt da. Und wenn jetzt bei den reinen Werken eine weitgehende Geneigtheit besteht, sich bei einer Verbandsbildung zu beteiligen, so sind sie eben durch die letzten zwei Jahre müde gemacht worden. So erfahren wir, daß nicht nur eine vorläufige Stabeisenkonvention zustande gekommen ist, die sich aber nur auf die Verkaufstätigkeit während der nächsten Monate bezieht, sondern daß auch die in- zwischen wieder aufgenommenen Verhandlungen wegen der Bildung eines Stabeisenverbandes mehr Aussicht auf Erfolg versprechen, als dies vor dem Eintritt des Niederganges der Fall gewesen war. Wenn jetzt nur nicht den reinen Werken gute Freunde erstehen, die ihnen auf Staatshilfe Hoffnungen erwecken, die nicht erfüllt werden können. Im Anschluß an die gemischten Betriebe können die reinen Werke relativ noch am besten ihre Existenz und ihr Gedeihen retten.

An der Börse freilich sieht es schon so aus, als ob wir schon der Höhe des wirtschaftlichen Aufschwunges nahe wären. Die Kurstreibereien am Industriekapitalmarkt haben im September einen erstaunlichen Umfang angenommen, und die Absicht der Reichsbank, durch die Diskontierung der Kaufbewegung etwas zu dämpfen, hat sich bisher nicht verwirklicht. Fragt man nach den Urhebern dieser Kurstreibereien, so bekommt man zur Antwort: Das ist das Privatpublikum aus der Provinz, das sich jetzt mit Macht an die Börse drängt und von dieser aufsteigenden Bewegung profitieren will. Gegen diese Strömung ist nicht anzukämpfen. Das ist eine unorganisierte Masse, die einmal in Bewegung gebracht, auf keine Warnung mehr hört. Diese Antwort ist nur bis zu einem gewissen Grade richtig. Die Masse der mittleren und kleineren Privatkapitalisten arbeiten mit Banken und Bankiers. Wenn diese Kreise ihre Kaufofferten plötzlich und en masse an die Börsen gelangen lassen, so sind sie dazu animiert worden. Und wer hat in letzter Linie die Kaufbewegung entfacht? Es sind die Stimmungsberichte der Banken und die Äußerungen der Bankiers, durch die die gestiegenen Kapitalisten in Bewegung gesetzt worden sind. Leider erscheinen diese Stimmungsberichte, durch die das Herd der Privatkapitalisten in der Hauptsache gegängelt wird, unter Ausfluß der Deffektivität — zum Schaden der Privatkapitalisten und noch mehr zum Schaden der deutschen Volkswirtschaft. Würden diese Berichte einer Kontrolle ausgesetzt sein, so würde wohl diese unauffällige Kaufbewegung, gegen die nicht anzukämpfen sein soll, ihren gegenwärtigen Umfang nicht erreicht haben. Diese Stimmungsberichte aber bedürfen gerade deswegen für die Kritik, weil sie mit größter Vorsicht und unter Wahrung strengster Objektivität abgefaßt, gerade die Wirkungen ausüben, die von den Faisseuren beabsichtigt ist.

Auch am Arbeitsmarkt zeigt sich die Herbstbelegung insofern, als die Nachfrage nach Arbeitskräften sich erheblich gesteigert hat, und die Neueinstellungen zunehmen; aber gleichzeitig wächst eben auch das Angebot in einer recht unangenehmen Weise. Es kommen noch neue Zugzüge vom platten Lande, aus den Garnisonen, die besonders im Oktober den Arbeitsmarkt stark belasten werden. Trotz der Zunahme der Arbeitsgelegenheit reicht die Nachfrage noch lange nicht aus, um das Ueberangebot an einen normalen Stand zurückzuführen. Daran ist bei dem Umfang des Angebots vor Frühjahr 1910 überhaupt nicht zu denken. In manchen Gewerben sieht es sogar zurzeit auf dem Arbeitsmarkt noch recht trübe aus. Wir möchten hier nur auf die Lage der Tabakarbeiter hinweisen. Vor dem Inkrafttreten der neuen Steuer wurde die Erzeugung in ganz exzeptioneller Weise ausgedehnt: die Zahl der Arbeitskräfte wurde nach Möglichkeit gesteigert, die Leistung des einzelnen Arbeiters erhöht — kurz, es wurde mit Vollkraft auf Vorrat und auf Bestellung gearbeitet. Bis zum Inkrafttreten der Steuer waren nicht nur alle Vorräte ausverkauft, die bis zu dem Termin in Auftrag gegebenen Bestellungen konnten noch nicht einmal alle erledigt werden. Kurz, es fand in wenigen Wochen eine Vorverorgung des Handels und teilweise des

Konsums statt, die zwar für einige Zeit reichlichen Verdienst und volle Arbeit gebracht hatte, aber eine starke Reaktion folgen mußte. Mit dem Inkrafttreten der Steuer schlug der Beschäftigungsgrad um. Anstelle des flotten Tempos trat eine weitgehende Ermattung: Arbeiter wurden scharenweise entlassen, teils dauernd, teils für einige Zeit, die Erzeugung wurde auch für den bleibenden Arbeiterstamm herabgesetzt, so daß am Arbeitsmarkt für Tabakarbeiter ein Answellen des Andrangs stattfand, wie er selbst während der Zeit der stärksten Krise kaum zu beobachten war. Wenn auch die jetzige Stagnation nicht allzu lange anhalten dürfte, so ist doch die augenblickliche Lage der Arbeiter so bedenklich, daß die Reichsregierung gut daran tun würde, bei der vorgesehenen Unterstützung der in Not geratenen Arbeiter den Formalismus nicht auf die Spitze zu treiben.

Berlin, am 8. Oktober 1909.

Rich. Calwer.

## Kennt ihr ihn?

Er wandert zur Stadt, 's geht auf Sonnabend Nacht Und Verbandsführung ist. Er sagt, schlecht sei's gemacht, Einen Arbeiter drängen, der verdient nur so schwer, So viel Beitrag zu zahlen, und er will auch nicht mehr.

Er geht in ein Wirtshaus, bestellt ein Glas Bier, Das kommt auf den Tisch, und er trinkt es mit Bier. Dann beginnt er zu rechnen, in ihm arbeitert's stark: „Das kann kein Mann zahlen bei täglich drei Mark!“

Das Bier ist getrunken, ein zweites kommt dran, Und grad recht kommt jetzt ein Kollege heran. Dem bringt er ein Glas, das wird gerne gesehn, Denn es ist noch zu früh, zur Versammlung zu gehn.

„Was meinst du vom Beitrag? Sag' frei nur heraus! Ist er nicht viel zu hoch? Ja, sie nützen uns aus. Wohl, ich sag' dir den Grund auch, ganz offen und frei, Doch erst zwei Glas Bier! Sonst verdirbt ich dabei.“

Und der andre fährt fort in dem gleichen Ton: „Für den Haushalt geht drauf und für Miete der Lohn, Dann heißt's, Kleider gekauft und Schulbücher und Schuh', Wo bleibt da noch Geld für den Beitrag dazu?“

Und sie saßen und schwägten — nun war's schon nach zehn. Da war es zu spät, zur Versammlung zu gehn. „Also noch zwei Glas Bier, und die Karten heran, Daß man sich die Zeit noch vertreiben kann!“

Und sie spielten und tranken bis tief in die Nacht. Da wurde die Kneipe nun zugemacht. Mehr als drei Mark machte die Zeche dort, Die zahlte er schweigend, dann gingen sie fort.

Bei, wie schalt da die Frau, als er stolpert' ins Haus, Doch er klagte, die Sitzung war eher nicht aus, „Und der Beitrag macht' einen Haufen Geld, Und mit dem Verband ist's ganz faul bestellt!“

## Literarisches.

**Im eigenen Hause nicht teurer als in einer Mietwohnung.** Von Rgl. Baupinspektor F. L u r. Mit 48 Abbildungen. Preis 1 M. Westdeutsche Verlagsgesellschaft m. b. G. in Wiesbaden.

**Protokoll über die Verhandlungen des Parteitage der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.** Abgehalten zu Leipzig vom 12. bis 18. September 1909. — Aus den Verhandlungen erwähnen wir besonders: Schnapsboykott — Erbschaftsteuer — Malfest — Internationaler Kongreß — Reichsversicherungsordnung. — Preis brosch. 1,25 M., geb. 1,75 M. Auf gutem holzfreiem Papier brosch. 2,50 M., geb. 3,50 M. Zu beziehen durch alle Parteipeditionen und Buchhandlungen sowie direkt vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin.

**Biblische Geschichten.** Unter diesem Gesamttitel beginnt im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, soeben eine Broschürenserie zu erscheinen, die zum geschichtlichen Verständnis der Religion beitragen soll. Verfasser ist der Genosse Max A u r e n b e r g e r. — Heft 1, Schöpfungsgeschichten, gelangte soeben zur Ausgabe. Dasselbe enthält folgende Kapitel: Die verschiedenen Schöpfungsgeschichten der Bibel. — Die Geschichte von Mann und Weib. — Die Geschichte vom verlorenen Paradies. — Die Geschichte von der Schöpfungswoch. — Jedes Heft kostet 1 M. Volksausgabe 40 Pfg. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Zeitungspeditionen und Kolporteur. Prospekt auf Wunsch gratis und franco vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin.

Im Verlag von J. S. W. Dieß Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: **Babeuf und die Verschwörung für die Gleichheit** mit dem durch sie veranlaßten Prozeß und den Belegstücken. Von Ph. Buonarroti. Uebersetzt und eingeleitet von Anna und Wilhelm Bloß. (Internationale Bibliothek Nr. 49) 36 Seiten. Preis broschiert 2 Mark, gebunden 2,50 Mark.

Das Werk enthält den einzigen authentischen Bericht eines beteiligten Zeitgenossen über jene Bewegung, die für die Entwicklungsgeschichte des Sozialismus von erheblicher Bedeutung ist. Die Uebersetzer hoffen das Verständnis für die Verschwörung Babeufs, diese wichtige historische Erscheinung, zu fördern, die von der herkömmlichen Geschichtsschreibung geringfügig behandelt und entstellt zu werden pflegt.

Der Inhalt des Wertes besteht außer einer längeren Einleitung von W. Bloß und der Vorrede des Verfassers aus drei Teilen. Im ersten Teil werden die Parteien der jungen Republik einer scharfen Kritik unterzogen und die Pläne, Grundzüge und das Endziel der Verschworenen dargelegt. Im zweiten Teil wird der Prozeß behandelt und im Anhang eine Reihe Aktenstücke mitgeteilt, die in der Bewegung eine Rolle gespielt haben.

Entwicklung gestaltet sich das Bild der politischen Freiheit folgendermaßen:

Ihr Regulator ist das Interesse der herrschenden Klasse, im Besitze zu bleiben. Unter ihrem Einfluß wird daher der Staat allen Bestrebungen, den bestehenden wirtschaftlichen Zustand, die gegenwärtige Verteilung der Güter unter den Klassen zu ändern, mit Gewalt entgegenzutreten und zugleich ihnen vorzubeugen suchen. Zu diesem Zwecke wird er das wirtschaftliche Leben in bestimmte Formen festlegen und diese zu erhalten suchen, die Freiheit des wirtschaftlichen Handelns einschränken. Er wird die bestehende Ordnung als die allein richtige hinstellen, wozu er jenen Bund mit der Kirche einget, und die Neuherung jeder abweichenden Meinung unterdrücken, d. h. er wird die geistige Freiheit beschränken, er wird das Aufkommen jeder seine Kreise störenden Ansicht überhaupt unmöglich zu machen suchen, indem er das geistige Leben der Klasse, deren Intelligenz ihm gefährlich werden könnte, auf das Minimum beschränkt, dessen sie bedarf, um seinen Zwecken dienen zu können. Schließlich wird er Anteil an der politischen Macht, Einfluß auf seine Leitung nur denen gewähren, die ihn im Interesse der Besitzenden benutzen, das heißt, er wird, um sich als Interessenvertretung der Herrschenden zu erhalten, die Beherrschten vom Staatsleben ausschließen, so weit es geht. Diese Verhältnisse haben sich schließlich infolge der mit innerer Notwendigkeit weiter schreitenden Entwicklung der ökonomischen Zustände so verschoben, daß der Staat, immer an das Interesse der Besitzenden gefesselt, das wirtschaftliche Leben frei

gewähren ließ unter Unterstützung der Interessen der herrschenden Klasse gegenüber denen der Beherrschten. Da aber gleichzeitig die Erkenntnis vom Wesen dieses Staats und von der Entwicklung der Gesellschaft die Besitzlosen dazu führte, sich als Macht zu organisieren, um ihre Interessen gegenüber denen ihrer vom Staat geschützten Beherrscher zur Geltung zu bringen, mußte der Staat notgedrungen das Maß politischer und geistiger Freiheiten erweitern, während er zugleich auf wirtschaftlichem Gebiete dem Egoismus der ökonomischen Machthaber gewisse Schranken zu setzen sich gezwungen fühlte.

Im großen und ganzen ist dennoch die Lage die, daß der Staat ein Klassenstaat ist, d. h. die Gemeinschaft aller seiner Angehörigen zur vorzugsweisen, möglichst ausschließlichen Förderung der Interessen einer bestimmten Schicht. Die Freiheit des einzelnen findet daher ihre Grenze an den Interessen der Bevorzugten, während sie in Wahrheit nur durch das Interesse aller beschränkt sein sollte.

Denn der Zweck der Gesellschaft ist ihre eigene Erhaltung und Veredlung, das ist die Erhaltung und Veredlung der Gesamtheit ihrer Mitglieder, die gleichmäßige Förderung aller ihrer Elemente. Dem Zwecke, das heißt der inneren Entwicklung, der Gesellschaft widerspricht die Erhaltung und Fortbildung einzelner auf Kosten der Gesamtheit. Der einzelne ist nicht der Zweck, dessen Erreichung die Gesellschaft nur Mittel wäre; der einzelne, der die Gesamtheit überragt, das Genie ist nur eine Ausnahmerscheinung; das, was die Gesellschaft erstrebt, ist

ihre Zusammenfassung aus lebenskräftigen Gliedern, die fähig sind, Träger ihrer Entwicklung zu sein. Das Streben des einzelnen aber wird bestimmt von dem Bedürfnis, sich zu erhalten und fortzubilden, das heißt von denselben Bedingungen, die auch das Leben der Gesellschaft regeln. Die Gesellschaft kann deshalb das Bestreben des Individuums nicht nur dulden, sondern sie muß es in ihrem ureigensten Interesse sogar anregen und fördern bis zu dem Punkte, wo es beginnt, ihre Bahn zu kreuzen, wo der einzelne von ihr Bevorzugung seiner Sonderinteressen verlangt ohne Rücksicht auf das gleichberechtigte Verlangen der anderen. An dieser Stelle endet die Freiheit des Individuums, d. h. am wohlverstandenen Interesse aller, nicht aber weniger einzelner, einer bevorzugten Schicht.

Alles sittliche Streben ist Wirken in Uebereinstimmung mit den erkannten Gesetzen des Geschehens, Wirken im Sinne der Menschheitsentwicklung. So zur Förderung der Menschheit zu handeln, ist sittliche Forderung, sittliche Pflicht, denn der einzelne ist nicht Produkt der Gesellschaft um seiner selbst willen, sondern er ist von ihr geschaffen, damit er an ihrem Ausbau nach seinen Kräften mitarbeite, zu seinem Teile dazu beitrage, ihrer Entwicklung zu neuen, geläuterten Formen Bahn zu brechen allen Gewalten zum Trotz, die sie aus kurzfristigem Egoismus in den historischen Formen zur Erstarrung zwingen wollen. Diese Mitarbeit freudig zu leisten, darin besteht die sittliche Freiheit des einzelnen.